

Dienstag, den 25. Mai 1869.

Posener Zeitung.

Zweihundiebigster Jahrgang.

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Montage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 11/2 Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
24/2 Sgr.

Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Annoncen - Annahme: Bureauaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jozowicz, Markt 74 und Hrn. Grupski (C. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogatzen bei Herrn Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Herrn Hermann Cassiel; in Grätz bei Hrn. Louis Streissand und Herrn P. Kempner; in Bromberg E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Mosse; in Berlin: A. Petermeyer, Schlossplatz; H. Albrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Rabath; Jenke, Bial & Freytag; in Frankfurt a. M.: G. L. Danke & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

Amtliches.

Berlin, 22. Mai. Se. M. der König haben Allerhöchst geruht: Dem General-Lieut. z. D. v. Alvensleben, bisherigen Kommandanten von Posen, dem General-Lieut. z. D. v. Uechtritz, bisherigen Inspekteur der 4. Artillerie-Inspektion und dem General-Lieut. a. D. v. Parby zu Lobbing den Roten Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub; sowie dem Ober-Hofmeister S. M. der Königin von Sachsen, v. Minkowitsch, den Roten Adler-Orden erster Klasse, dem Hofbuchhändler Rötger zu Petersburg den Roten Adler-Orden vierter Klasse, dem k. bayerischen Ober-Böllrath Gerwig zu München und dem Herz. braunschweigischen Kreis-Direktor Cruse zu Helmstedt den K. Kronen-Orden dritter Klasse, dem Professor Dr. Hallier zu Jenk und dem Rentier Liebert zu Manchester (England) den K. Kronen-Orden vierter Klasse zu verleihen; den Stadt- und Kreisgerichten-Direktor Ufert in Danzig zum Vice-Präsidenten des Appellationsgerichts in Posen; den Ober-Gerichts-Rath Stegemann in Göttingen zum Rath bei dem ostpreußischen Tribunal in Königsberg; den Ober-Gerichts-Rath Meyer in Hannover zum Rath bei dem Appellationsgericht in Breslau; den Fürstlich Waldeckschen Ober-Gerichts-Rath z. D. Langenbeck in Arolsen zum Rath bei dem Appellationsgericht in Paderborn; den Kreisgerichts-Rath Gaspari in Emmerich und den Stadt- und Kreisgerichts-Rath Kurlbaum in Magdeburg, zu Rathen bei dem Appellationsgericht in Hamm; den Staatsanwalt Cammerer in Stendal zum Rath bei dem Appellationsgericht in Halberstadt; und den Kreisgerichts-Rath Päschke in Lissa zum Rath bei dem Appellationsgericht in Posen; ferner die Reg.-Assessoren Kruchen in Erfurt, Kalisch in Frankfurt a. O., Westermann in Köln, Höö in Kiel, Würgler in Schleswig, Merleker in Posen, Wendt in Stralsund, Sartorius in Wiesbaden, v. Rosin in Koblenz, Stoekhardt in Danzig, Cleve in Oppeln, Grimm in Potsdam, Fischer in Danzig, Rosenhagen in Schleswig, Schwarzenberg in Kassel, Grotesend in Arnswalde, Steinman in Magdeburg, Frhr. v. Buddenbrock in Breslau, v. Briesen in Koblenz, Rotermund in Lüchow, Peterken in Stade, Bothmer in Hannover, v. Hinüber ebenda selbst; Tasche in Neubaus a. d. Oder, Frhr. v. Hodenberg in Linden, und Zimmer in Dorf; die Polizei-Direktions-Assessoren Wagner, Schied und Mirus, den Regierung-Kommissions-Assessor Fink und den Amtmann Ochs zu Orb; und den Polizei-Assessor Bülow in Wiesbaden zu Regierungs-Rathen zu ernennen.

Der Baumeister Kischke zu Küstrin ist zum K. Kreis-Baumeister ernannt und demselben die Kreis-Baumeister-Stelle für den Baukreis Schönlanke, mit dem Wohnsitz zu Garnkau, verliehen worden.

Au die Wähler von Stadt und Kreis Posen.

In unserer Provinz, wo die Wahlen mehr als anderwärts Schwierigkeiten verursachen und aufregende Nachwirkungen haben, stehen wir leider schon wieder einmal vor der Wahlurne. Stadt und Kreis Posen hat einen Vertreter im Reichstage zu wählen für Herrn Krieger, welcher in Folge seiner Ernennung zum Bevollmächtigten des Zollvereins für Mecklenburg sein Mandat niederlegen müste. In einer am 20. d. M. in unserer Stadt abgehaltenen Wahlversammlung der Deutschen ist die Wiederwahl des Herrn Krieger beschlossen worden, die Polen haben als Kandidaten den Herrn Grafen Dzialynski aufgestellt. Die Frage lautet also: ob deutsch oder polnisch.

Wir bedauern diese Parteidifferenz nach Nationalitäten; viel lieber wäre es uns gewesen, wenn die Gleichgesinnten der beiden Nationalitäten sich vereinigt hätten, wenn gemeinschaftlich die liberalen Polen mit den liberalen Deutschen für Erweiterung der staatsbürglichen Rechte und Hebung der Volkswohlfahrt im Allgemeinen und für unsere Provinz im Besonderen kämpfen möchten, so daß die Wahl zu entscheiden hätte über die Frage: ob liberal oder konservativ.

Statt dessen haben die Polen es für angebracht gehalten, bei dieser Wahl den nationalen Unterschied noch särfer zu betonen, indem sie einen ihrer entschiedensten Nationalen aufstellten. Dadurch wird noch mehr als bei manchen früheren Gelegenheiten die Wahl des Abgeordneten zu einem Messen der nationalen Kräfte, bei welchem die Deutschen zu zeigen haben, daß sie auch noch da sind. Denn soweit darf das Bestreben der Deutschen, mit den polnischen Mitbürgern in gutem Einvernehmen zu leben, nicht gehen, daß sie sich gleichsam selbst verleugnen und zugeben, daß Polen den Polen und nicht zu Deutschland gehören. Wir erachten es deshalb als die Pflicht jedes deutschen Wählers, morgen, am 25. d. M., an der Wahlurne zu erscheinen und für den deutschen Kandidaten zu stimmen, mag Herr Krieger, auf welchen man sich — nicht ohne den Druck der Verlegenheit — geeinigt hat, auch dem oder jenem nicht als der Kandidat seines Herzens erscheinen.

Viele Argumente haben wir übrigens gegen diese Kandidatur nicht vernommen. Wenn Manche die Besorgnis hegen, Herr Krieger dürfte als Zollvereinsbeamter für Mecklenburg nicht mit gleichem Elfer für die Volksrechte eintreten wie als Mitglied der Provinzial-Steuerdirektion in Posen und besonders als ausgemacht anzunehmen, derselbe werde den neuen Steuervorlagen bestimmen, so scheint uns das nicht ganz begründet.*)

Herr Krieger verdankt den Posten, auf welchen er jetzt berufen ist, seinem Verdienst, und die Regierung wird sich schwerlich der Kraft des Beamten entäußern wollen, weil der Abgeordnete ihr nicht gefällt. Und wenn auch, so hat Herr Krieger — seine Verzeitigung nach Posen ist Beweis dafür — doch schon unter weniger günstigen persönlichen Verhältnissen den Mut der Überzeugung bewahrt. Herr Krieger wird, falls seine Wahl gelingt, nach wie vor zur national-liberalen Partei halten, und wie energisch diese durch ihre Stimmführer Lasker, Bennigsen,

* Wir bitten hierzu die Erklärung des Herrn Dr. Waldstein zu achten, welche uns erst zuging, nachdem obiger Artikel bereits gesetzt war.

Red. der P. B.

v. Hennig, Miquel gegen die Steuervorlagen eingetreten, das haben die Debatten bewiesen und beweisen es noch. Warum befürchten, unser Vertreter werde eine Sonderstellung in der Partei einnehmen? Wir glauben Grund zu haben, dieser Bedürftung entgegentreten zu können.

Manche meinen vielleicht, daß speziell in diesem Punkte Graf Dzialynski energischer gegen die neuen Steuern eintreten würde. Wir möchten eher vermuten, daß Graf Dzialynski überhaupt nicht den Reichstag besuchen wird oder, falls er sich dazu entschließt, den Parlamentssaal nur betritt, um einen Protest gegen den Norddeutschen Bund zu erheben.

Wir aber wollen keine Proteste mehr, welche die Arbeiten des Reichstages nur verlängern und erschweren, sondern die Fortentwicklung des Bundesstaats und die Vertretung der Interessen des Vaterlandes und unseres Kreises in dem Deutschen Parlament.

Der Norddeutsche Bund ist wohl errichtet, aber noch keineswegs ausgebaut. Noch wird bald auf den Wunsch der Bundesregierungen, bald auf Anregung des Reichstages ein Stein nach dem andern, ein Gerath um das andere in das unfertige Gebäude eingefügt, aber nie ohne daß die Gegner des Bundes den Kompetenzkonflikt erheben. Die Partikularisten aus Schleswig und Hannover, aus Frankfurt und Lauenburg, aus Sachsen und Mecklenburg, welche im Zollparlament noch durch die Freunde Jakobys und die Ultramontanen in Süddeutschland verstärkt werden, bestreiten natürlich dem Bunde jede Berechtigung, sich zu entwickeln und auszubauen. Sie hoffen, daß er dann verkümmern werde, denn ein unfertiges Gebäude widersteht nicht lange den Einwirkungen des Wechsels des politischen Wetters.

Sollen wir da bei der Erfahrungsfähigkeit der Parteien, wo die Beschlüsse oft an wenigen Stimmen hängen, es gleichgültig ansehen, daß die Zahl derer, welche gegen den Bunde protestieren, noch erhöht werde? Müssten wir nicht vielmehr alle Kräfte anstreben, um die Mitarbeiter an dem neuen Staatsbau zu vermehren? Wir denken, dieser Grund spräche dringend für die Wahl eines Mannes, der mit Freudigkeit und Geschick an der Entwicklung des Bundes mitwirkt. Dies aber wird, dies kann Graf Dzialynski nach seiner Vergangenheit nicht sein. Es gibt keinen irgend denkbaren andern Grund seiner Kandidatur als den, gegen die Zugehörigkeit Posens zum Norddeutschen Bunde Protest zu erheben. Wir wissen in der That nicht, wie diejenigen Polen, welche keine Lust haben zu protestieren, welche sich den Thatjahren fügen, die Wahl Dzialynskis begründen wollen. Nicht einmal religiöse Rücksichten können für seine Wahl hier angeführt werden, denn weder über kirchliche noch über Schulfragen hat der Reichstag zu befinden. Was dem Norddeutschen Bunde vor Alem obliegt, ist nächst der Zusammenfassung der Kräfte nach Außen die Aufgabe, für Gewerbe und Landwirtschaft, für den Handel und den Verkehr veraltete Gesetzesformen zu beseitigen und neue Rechtsordnungen zu schaffen, welche den Bedürfnissen der Gegenwart, den Bedürfnissen, wie sie durch den Aufschwung des Verkehrs durch Post, Eisenbahnen, Telegraphie und Schiffsahrt entstanden sind, entsprechen. Außerdem soll der Bunde ein neues Strafgesetzbuch und eine neue Prozeßordnung schaffen. Kommen denn die Resultate, welche wir auf diesen Gebieten erringen, den Polen weniger zu Gute als uns? Bringt es dem polnischen Landwirth nicht eben so viel Nutzen, wenn ihm durch Handelsverträge die Möglichkeit geboten wird, seine Produkte besser zu verwerthen, weil das Abzugsgebiet sich erweitert hat? Genießt nicht auch der polnische Industrie die Vortheile, welche eine bessere Gewerbeordnung bietet? Haben allein die Deutschen einen Vortheil, wenn der Bunde eine einfachere und billigere Rechtspflege zu Stande bringt? Genug mit diesen Fragen! Man nenne uns einen einzigen Punkt, in welchem die Interessen der Deutschen von dem der Polen im Reichstage abweichen.

Also mithin, wer die friedliche Entwicklung des Bundes will, der unsere Stärke und unser Schutz nach Außen hin ist, wer will, daß unsere Stadt und unser Kreis einen Vertreter habe, der unsere speziellen Wünsche bei den allgemeinen Fragen zur Geltung bringt und Werth darauf legt, einem geordneten Staatswesen anzugehören, wer das will und keinen Gefallen findet an unnützen Demonstrationen und vergeblichen Protesten, sondern sich weise begnügt, das Erreichbare zu erstreben, der wähle Krieger, einen Mann, welcher den im Reichstage zu verhandelnden Fragen in Folge seiner Studien und seiner Berufstätigkeit das lebendigste Verständniß entgegenbringt.

Deutschland.

△ Berlin, 22. Mai. In der gestrigen Sitzung des Reichstages hat also die Debatte über die Steuervorlagen begonnen. Leider bot sich aber wenig Aussicht auf Verständigung. Die liberalen Redner erklärten sich sämtlich gegen alle Steuervorlagen, wenn auch vor entgegengesetzten Standpunkten aus. Während einige weder das Bedürfnis gelten lassen, noch denselben genügen wollten, räumten Andere dasselbe ei, wollten aber von einer Steuerbewilligung nichts wissen. Außerdem herrschte auch darüber keine Klarheit, ob der Reichstag oder der

Insolente.

1½ Sgr. für die fünfgeschossige Seite oder deren Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinenden Nummern nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Landtag der nächst verpflichtete Theil zur Abhilfe des Übelns sei. In der heutigen Reichstagsitzung nun, erklärte Graf Bismarck, er wolle vom Reichstage nur die Bewilligung der Steuern, d. h. Geld, oder die Quittung des Reichstages, daß er die Steuern nicht bewilligen wolle, damit er — Graf Bismarck — sich vor dem preußischen Landtag rechtfertigen könne. Wie man hört, handelt es sich nämlich für den Fall der Nichtbewilligung um eine außerordentliche Zusammensetzung des preußischen Landtages schon für den 15. Juni d. J. — Das Altesten-Kollegium der hiesigen Kaufmannschaft hat sich in einer Einigung an den Handelsminister mit einem von der Düsseldorfer Handelskammer aufgestellten Gesetzentwurf, betreffend den Schutz der Fabrikzeichen und Etiquetten, übereinstimmend erklärt, so weit dieser Entwurf die Errichtung eines Zentralbureaus und die Gründung eines Zentralblattes zum Schutz der Handels- und Fabrikzeichen betrifft, dagegen die weitgreifenden und rigorenen Strafbestimmungen des Entwurfs größtentheils abgelehnt. — Freiherr von Buddenbrock, bisheriger Assessor bei der Regierung zu Breslau ist zum Reg.-Rath ernannt und hat deshalb sein Mandat als Mitglied des Abgeordnetenhauses für den Wahlbezirk Striegau-Schweidnitz niedergelegt.

— Aus sicherer Quelle vernimmt die Nord. Flensb. 3., daß neuerdings von preußischer Seite die Verhandlungen über Nord-Schleswig wieder begonnen haben. Da dieses von preußischer Seite, wie gesagt, geschehen, so vermuten wir, daß es sich um Rückgabe der an Dänemark unglücklicherweise abgetretenen 8 Dörfern handelt, deren Klagen über unerträgliche Bedrückung endlich Gehör gefunden haben.

— Nach einer Kriegsministeriellen Bestimmung werden auf den Kriegsschulen der Armee vom 1. Oktober ab die seit der Kampagne von 1866 unterbrochen gewesenen regelmäßigen Lehrfürze überall wieder aufgenommen, unter Zulassung einer erhöhten etatischen Zahl von je 100 Portepföhndrichen. Nachdem in Ausführung einer solchen Anordnung für eine gesteigerte Aufnahme Sorge getragen, ist vor der beabsichtigten Errichtung neuer Kriegsschulen bis auf Weiteres Abstand genommen.

— Unter Eröffnung der Aussicht, daß noch in diesem Jahr die Berufung erstmaliger Provinzial-Synoden erfolgen werde, hat der evangelische Oberkirchenrat befohlen, die Beratung der diesjährigen Kreis-Synoden schleunigst vorzubereiten und denselben folgende Fragen zur Erörterung vorzulegen: 1) Ist die bindende Vorschlagsliste für die Wahlen zum Gemeindekirchenrat zu beibehalten, oder, wenn nicht, welche Maßregeln sind zu treffen, um die Erlangung sachgemäßer Wahlausultate zu sichern? 2) empfiehlt es sich, den Kirchenvorstand mit dem Gemeindekirchenrat zu verschmelzen, das in der vereinigten Körperschaft alle Funktionen der beiden Bestandtheile ungetrennt liegen und event. welche besonderen Modalitäten sind hierbei, namentlich bezüglich der Patronatsrechte zur Anwendung zu bringen?

— Ein Erkenntniß des königl. Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte vom 13. März 1869 lautet:

Die Bestimmung über den Umfang des Unterrichts in den Elementarschulen und die darauf beruhende Verteilung der Schulabgaben auf die einzelnen Mitglieder der Schulgemeinde, ist lediglich Sache der Aufsichtsbehörde, und der Rechtsweg darüber unzulässig. Veranlassung zu dem Erkenntniß gab die Weigerung des Schweidnitzer Magistrats, ein Drittel zu den Industrie-Unterrichtsstunden für die Mädchen einer zur Stadt gehörigen Elementarschule beizutragen.

— Die Feld-Ingenieur-Offiziere haben die Erlaubnis erhalten, provisorisch in den Dienst von Privat-Eisenbahn-Gesellschaften zu treten. Die Zeit dieses Dienstes wird ihnen als Staatsdienst angerechnet. Doch haben sie während derselben auf ihre Staatsemolumente zu verzichten. Auch müssen sie beim ersten Rufe des Kriegsministers in die Armee zurückkehren.

— Die jetzt in Paris weilende chinesische Gesandtschaft wird von dort am 21. Juni abreisen, um der Reihe nach Berlin, Russland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland, Belgien und Italien zu besuchen.

— Nachrichten aus Paris melden, daß die Wahl für den Nachfolger des Grafen Golz, bisherigen Gesandten des Nord. Bundes, zwischen dem Baron Werther, Gesandten in Wien, und Hrn. v. Arnim, Gesandten in Rom, schwanken.

— Baron v. Gerolt, der Gesandte des Norddeutschen Bundes bei den Vereinigten Staaten Nordamerikas, ist über Bremen von Washington hier eingetroffen und im Hotel Royal abgestiegen. Während seiner Abwesenheit versiebt der Legationsrath v. Krause die Geschäfte.

— Der unter dem vorigen Justizministerium wegen seines politischen Verhaltens zur Disposition gestellte, der national-liberalen Partei angehörige Abgeordnete, Oberstaatsanwalt Kannegießer, ist, wie die "Sp. B." hört, zum Nachfolger des zum Obergerichts-Vize-Direktor in Stade ernannten Appellationsgerichtsrath Kühne zu Magdeburg bestimmt.

— Der Ober-Regierungsrath v. Perbandt zu Biebrich ist, wie die "Kreuztg." hört, nach Münster; der Ober-Reg.-Rath Röhn v. Taxis zu Königsberg nach Liegnitz; der jüngst zum Ober-Reg.-Rath ernannte bisherige Kreishauptmann Schönian zu Lehe nach Königsberg versetzt.

— Folgender Fall prompter Geschäftsführung unseres Generalkonsulates zu Warsaw wird der "Trib." gemeldet und dürfte um so mehr interessiren, als oft genug Klagen laut geworden sind und noch werden, daß es in Polen mit der Vertretung deutscher Interessen übel bestellt sei. Der Fall ist folgender:

Ein preußischer Staatsbürger schuldet einem Kaufmann eine Summe Geldes und wanderte nach Polen aus, ohne seiner Verpflichtung Rechnung getragen zu haben. Obwohl dem Gläubiger der Aufenthaltsort des Schuldners bekannt war, gelang es ihm doch nicht, einen Brief so zu dirigieren, daß er in die Hände des Adressaten gelangt wäre; stets trug der zurückgefundene Brief die Bezeichnung der mehrere Meilen vom Bestimmungsorte gelegenen Postanstalt „Nie przyjmuję“ (d. h. nimmt nicht an). Ob der Adressat den einen oder den andern der Briefe gesehen, mag dahin gestellt bleiben. Der Gläubiger erbat sich nun von dem betreffenden Landratsamt eine Mafat-

nigung darüber, daß der Schuldner aus dem preußischen Staatsverbande geschieden sei und wandte sich dann an das Generalkonsulat zu Warschau mit der Bitte, da der demselben überländische Rechnung dem Schuldner zu überlassen, da der Bittsteller selbst dazu außer Stande sei. Das Konsulat willfahrt nicht bloß dieser Bitte, sondern requirirt auch den Woyt gminny des polnischen Dries, welcher mit dem Schuldner verhandelte. Die Verhandlung erhielt der Gläubiger gleichzeitig in russischer Sprache und in deutscher Übersetzung. Alle diese Unterhandlungen waren kostlos und führten zu einem glücklichen Resultat.

Wie die „Elberf. Blg.“ mittheilt, hat General Berdan, Kommandeur des nordamerikanischen Schützenkorps, bei seiner jüngsten Anwesenheit in Berlin unserer Regierung ein neues Hinterladungsgewehr zum Kauf angeboten, das alle bis jetzt vorhandenen bei Weitem übertrifft. Allerdings ist es kein Gewehr zur Bewaffnung großer Infanteriemassen, sondern es ist nur für die Schützengarde bestimmt, aber in den Händen von geübten Schützen soll es Wunder thun, d. h. Wunder in Vernichtung von Menschen. Der General Berdan hier bei seinen Unterhandlungen einen Erfolg gehabt hat, wissen wir nicht; in München, wo er vorher gewesen ist, hat man ihm Hoffnung gemacht, seine Büchse bei den Jäger-Bataillonen einzuführen. Von hier ist er nach Petersburg gegangen, um seine Erfahrung der russischen Regierung anzubieten.

Elbing. Wie die „G. A.“ aus „sicherer Quelle“ vernehmen, wird der König während der Herbstübungen des 1. Armeekorps, vom 16. bis 18. September c., das Hauptquartier in Elbing ausschlagen. — In Begleitung des Königs werden sich die Prinzen und viele hochgestellte Generale befinden.

Marienwerder, 20. Mai. Der Feldwebel Vogel, der wegen Urkundensfälschung verhaftet, aus dem Danziger Arresthof entsprungen ist, hier wieder verhaftet wurde und verschiedene Selbstmordversuche gemacht hat, ist geheilt aus dem Lazarett entlassen und heute früh durch ein Militär-Kommando geflossen nach Danzig abgeführt worden. (Ostb.)

Graudenz, 21. Mai. Die von dem hiesigen Schwurgericht in dem Erkenntnis vom 14. Oktober v. J. gegen den Müllermeister Steine alias Kaminski aus Wigowo und den Müllergesellen Jacobowski aus Polen wegen Mordes erkannte Todesstrafe, ist vom Könige in lebenslangliches Büchhaus umgewandelt worden. Beide Verbrecher sind bereits an die hiesige Zwangsanstalt abgeliefert. Noch harren 5 zum Tode verurteilte Verbrecher der Entscheidung. (G.)

Wiesbaden, 21. Mai. Vor dem Appellationsgericht wurde der Prozeß des Redakteurs des „Rheinischen Kuriers“, B. Scholz, gegen den Redakteur der „Rhein. Volkszeitung“, Göbel, zu Ende geführt. Letzterer war vor erster Instanz zu 40 Thlr. eventuell zu 14 Tage Gefängnis verurteilt worden, weil er den „Rhein. Kurier“ als ein von der preußischen Regierung subventionirtes Blatt bezeichnet hatte. Der Gerichtshof hob das frühere Erkenntnis auf und verurteilte Herrn Göbel unter Annahme minderer Umstände zu 10 Thlr. c.

BPC. Hannover, 21. Mai. Die seit einiger Zeit in das Leben gerufene, sogenannte „großdeutsche Bewegung“, welche auch hier im nordwestlichen Deutschland Fuß zu fassen sucht, hat wohl nirgends weniger zu einem nur einigermaßen nennenswerten Resultate geführt, als in Hannover. Während die ganze Provinz die unzweckmäßigste Beweise liefert, daß die Bevölkerung sich auf die Erfolge des Jahres 1866 stützt und mit denselben sympathisiert, ist es den Anhängern der großdeutschen Idee nur gelungen, einen Verein von 125 Mitgliedern zusammenzubringen. Außer diesem einzigen großdeutschen Vereine zu Hannover existiert jedoch kein anderer in unserer Provinz, in Braunschweig, Oldenburg und den uns umgebenden kleinen Nachbarstaaten, trotzdem die hiesigen Führer des großdeutschen Vereins es nicht an einer bewundernswerten Tätigkeit fehlen ließen. Wie in Bayern, Württemberg und Baden, so hat auch hier indessen dieser Verein sich durch die Clemenz, welche gleich ihm dem nationalen Staate zu widerstreben suchen, zu stärken gesucht. Die großdeutsche Partei, die Welfen, der althannoversche Adel, die Ultramontane und sogen. Demokraten geben hier selbst Hand in Hand und bilden die Koalitionspartei. Obwohl die Ziele der einzelnen Theile dieser Koalition hinnelweit von einander verschieden sind, so halten diese so seltsam zusammengehörigen Elemente doch zusammen, wenn es gilt, sich der bestehenden Ordnung entgegen zu stemmen und den nationalen Fortschritt zu hemmen. — In den letzten Tagen haben zwei Sitzungen des Festkomitees des nordwestdeutschen Schützenbundes hier selbst stattgefunden. Bekanntlich soll das nordwestdeutsche Schützenfest im Monat Juli hier beginnen und wird namentlich eine starke Beteiligung der Schützen aus Schleswig-Holstein, Mecklenburg, Westfalen, den Hansestädten u. s. w. erwartet. Nun haben sich vor einigen Tagen plötzlich die sämtlichen Führer und Redner der Koalitionspartei in den Schützenbund aufzunehmen lassen, um das Fest zum Zummelplatz ihrer Agitation und welschen Demonstration zu machen. Diese offenkundige Absicht der nicht ruhenden Koalitionspartei verursacht bei den wirklichen Schützen ein gewisses Misshagen und wurde dasselbe schärfer prägnirt, als ein Mitglied des Vorstandes vom Hamburger Verein erklärte, daß die fremden Schützen sich nur beteiligen würden, wenn alles Parteidreiecke fern gehalten würde. Der hiesige Schützenbund ist daher fest entschlossen, jede partitularistische Demonstration fern zu halten und keine Störung durch mühsame Demonstranten zu dulden.

Kiel, 22. Mai. Laut eingegangener Meldung ist Sr. Maj. Schiff „Arlona“ am 21. d. M. von Swinemünde in Heppens angelkommen.

Hamburg, 22. Mai. Der Senat beschloß in seiner heutigen außerordentlichen Sitzung die Einwendungen der Bürgerschaft gegen die Wahl des Dr. Schröder zum Senator als begründet nicht anzuerkennen, jedoch dessen auf Montag angekündigte Beleidigung auszusehen bis der in dieser Angelegenheit entstandene Dissens auf verfassungsmäßigem Wege seine Erledigung gefunden habe.

Bremen, 22. Mai. Ein amtliches Telegramm aus Berlin

kündigt den Besuch des Königs von Preußen definitiv auf den 1. Juni an.

Dresden, 20. Mai. Die „Dresd. Nachr.“ berichten: Der Generalstab des 12. (sächsischen) Armeekorps wird im Laufe des Juni in einer offiziellen Denkschrift auf Grund der Feldakten eine gedruckte Darstellung der Theilnahme des k. sächsischen Armeekorps am Feldzuge 1866 in Österreich herausgeben. Veranlassung hierzu werden wohl die unterschiedlichen Randmerkmale gegeben, die von österreichischer Seite gelegentlich über die Haltung des sächsischen Armeekorps bei der Campagne von 1866 gemacht worden sind. Die liberalen sächsischen Blätter haben bereits bei früheren Gelegenheiten mehrfach Veranlassung genommen, das Kriegsministerium aufzufordern, diesen Darstellungen gegenüber mit den notwendigen Verichtigungen auch seinerseits vorzugehen.

München, 22. Mai. (Tel.) Das Resultat der Abgeordnetenwahlen stellt sich nach den einzelnen Regierungsbezirk folgendermaßen heraus: Oberbayern 18 Ultramontane, 8 Liberale; Niederbayern 19 Ultramontane, kein Liberaler; Pfalz kein Ultramontane, 20 Liberale; Oberpfalz 14 Ultramontane, 2 Liberale; Oberfranken 2 Ultramontane, 15 Liberale; Mittelfranken kein Ultramontane, 18 Liberale; Unterfranken 11 Ultramontane, 8 Liberale; Schwaben 13 Ultramontane, 6 Liberale. — Der frühere Minister Fr. v. d. Pförtner ist nicht gewählt.

Braunschweig, 23. Mai. Heute fand eine neue Versammlung statt, in welcher man sich gegen den Verkauf der braunschweigischen Eisenbahnen erklärte. Zugleich wurde der Beschluß gefasst, den Landtag aufzufordern, den Verkauf unter allen Umständen zu verwerfen, wenn derselbe zur Genehmigung vorgelegt werden sollte.

Ö ster r e i ch.

Wien, 21. Mai. Einen Beweis für den entschiedenen Entschluß der ultramontanen Partei den Kampf wider die konstitutionelle Gesetzgebung mit Nachdruck fortzuführen, liefert das Verhalten des Bischofs von Linz. Bekanntlich war gegen diesen Prälaten wegen eines Hirtenbriefes mit Zustimmung des obersten Gerichtshofes ein Prozeß eingeleitet, aber die gerichtliche Prozeßur ist bald ins Stocken gerathen, weil der Bischof erklärte, er werde vor Gericht nicht erscheinen, da ein päpstliches Breve allen österreichischen Bischöfen solches Erscheinen untersage. Der klerikale „Volksfreund“ erklärt nun zwar, daß die von der „N. Fr. Pr.“ gebrachte Mittheilung über die Existenz eines solchen Breves unrichtig sei, fügt aber hinzu, daß der Bischof ein einfaches Schreiben des Papstes erhalten habe, in welchem seine Überzeugung, daß den weltlichen Gerichten nicht das Recht zu stehe, in Strafsachen gegen ihn einzuschreiten, getheilt wird. Die Sachlage wird also dadurch keineswegs geändert, da die Renitenz des Bischofs vor Gericht zu erscheinen, nicht in Abrede gestellt wird. Uebrigens hält auch die „N. Fr. Pr.“ ihre Mittheilung über das päpstliche Breve aufrecht und fordert die Regierung zu einem energischen Einschreiten gegen das Gehabre der klerikalen Partei auf. — Der Tag für die Einberufung der Delegationen, die diesmal in Wien tagen werden, ist nun definitiv auf den 1. Juli festgesetzt. — Die Abreise des Grafen Beust nach Gastein erfolgt, früheren Dispositionen entgegen, erst am Juni; der Grund dazu liegt in der auf den 31. Mai signalisierten Ankunft des Bizekönigs von Egypten, den Graf Beust noch empfangen will, um mit ihm in Bezug auf die Eröffnung des Suez-Kanals Besprechungen zu pflegen.

— Im Ministerium des Innern, im Unterrichts- und im Ackerbauministerium werden gegenwärtig die Regierungsvorlagen für die im September zusammentretenden Landtage ausgearbeitet; die Zahl derselben dürfte im Vergleiche mit den Vorlagen der letzten Landtagssession eine geringe sein; die relativ wichtigsten werden aus dem Ackerbauministerium hervorgehen; es sind dies die Ausführungs-Verordnungen zu dem von beiden Häusern des Reichsrates beschlossenen Wasserrechtsgezüge, sowie Gesetze zum Schutz der Forst- und Waldkultur. Das Ministerium für Kultus und Unterricht wird den Landesvertretungen die auf die Regelung des Volksschulwesens bezüglichen Spezialgesetze übersenden. — Der Tiroler Reichstagsabgeordnete Pater Greuter ist auf den 21. Mai wegen seiner bekannten Hippacher Rede zu strafgerichtlicher Vernehmung (wegen Majestätsbeleidigung und Störung der öffentlichen Ruhe) vor das Landesgericht in Innsbruck geladen. — Die Nachricht von der Niederlegung des Landmarschallamtes für Galizien Seitens des Fürsten Sapieha macht hier den peinlichsten Eindruck, da es bei der bestehenden stürmischen Landtagssession schwierig sein wird, einen

übrigen Leistungen waren recht schwach, Frau Heygel-Spizeder und Hrn. Welly (als Graveur Birnie) ausgenommen.

Die Sonntag-Vorstellung sorgte nur für Erheiterung. Vier Lustspiele an einem Abend. „Eine vollkommen Frau“ war das Beste. Fr. Bertina, die in drei Stücken auftrat, zeigte als Souvrete Gewandheit und Humor, an echten vis komika fehlt ihr viel. Herr Ellmenreich als galanter Damenritter dessen Devise „Liebe tot als unhöflich“ lautet, machte allein durch sein charakteristisches Benehmen den matten Scherz des ersten Lustspiels gestoppt, in gleicher Weise machte sich Herr Eckert in der „vollkommenen Frau“ verdient. „Die Aushebung in Krähwinkel“ hat keinen andern Zweck, als „Du sollst oder mußt lachen.“ Sollten nicht statt der in jeder Saison wiederkehrenden, bekannte Lustspiele obiger Art andere, etwas sinnreicher erscheinender sein? An Vorrah seht doch nicht. — t.

Der vierte deutsche Schriftstellerstag in Weimar.

(Aus der Bors.-Blg.)

Leider mußten die Verhandlungen des zweiten Tages mit Verlesung eines Telegramms eröffnet werden, durch welches einem Lieblingswunsche des Vereins eine kaum erwartete Ablehnung widerfuhr. Das Telegramm, das für sich selber sprechen mag, lautet wie folgt:

„Dem Vorsitzenden des Schriftsteller-Vereins, Herrn Dr. Karl Grenzel in Weimar. Die Goethesche Familie bedauert lebhaft, daß sie durch ihre Abwesenheit von Weimar, somit durch das fortgesetzte Kranksein des Herrn Direktor Schuchardt sich außer Stande sieht, den Wunsch des geehrten Schriftsteller-Vereins, die Besichtigung des Goetheschen Hauses betreffend, zu erfüllen, ein Wunsch, dem sie ohne jede hemmende Umstände bereitwillig entgegengekommen sein würde. Schon vor dem Zusammentreffen der geschäftigen Versammlung war es der Goetheschen Familie peinlich, die nötigen Vorbereitungen zur Besichtigung der gedachten Räume nicht treffen zu können. Es zeichnet hochachtungsvoll die von Goethesche Familie.“

Ed. Duboc spricht den Wunsch aus, daß der Direktor Schuchardt bald geneinen, und daß die von Goethesche Familie für ähnliche Fälle thunlich einen Substituten finden möge.

entsprechenden Nachfolger unter den polnischen Magnaten zu finden. Sollte der Fürst auch sein Abgeordnetenmandat niedergelegen, so wird wahrscheinlich die ganze Aristokratie seinem Beispiel folgen und sich vom Landtage zurückziehen.

Wien, 23. Mai. (Tel.) Die „Wiener Zeitung“ meldet in ihrem amtlichen Theile die Verleihung des Ordens vom goldenen Blieb an den Prinzen Otto von Bayern. — In unterrichteten Kreisen wird die Nachricht von der angeblich im Monat Juni beabsichtigten Reise des Kaisers nach Konstantinopel für völlig unbegründet erklärt.

E r a u k r e i ch.

Paris, 22. Mai. (Tel.) Das „Journ. officiel“ publiziert den in Mannheim am 17. Oktober 1868 unterzeichneten neuen Rheinschiffahrts-Vertrag. — Die Verhandlungen wegen Anschlusses des Kirchenstaates an den Pariser Münzvertrag sind, gutem Vernehmen nach gescheitert, weil die gestellten Bedingungen der römischen Regierung nicht annehmbar erscheinen sollen.

S p a n i e n.

Madrid, 22. Mai. (Tel.) In der gestrigen Sitzung der Cortes gab die Neuersetzung des Ministers der Kolonien, Ayala, die Republikaner hätten an der Herbeiführung der Revolution keinen Anteil, Veranlassung zu einer sehr erregten Szene. Ayala hat seine Entlassung an und diese wurde auf der Stelle angenommen. — In der heutigen Sitzung wurden verschiedene Vorlagen eingebracht, welche zur Herbeiführung von Griparnissen im Staatshaushalt bestimmt sind, darunter Gehaltsabzüge der Beamten, sowie eine Rentensteuer, welche im Betrage von 33 1/3 Proz. für die nächsten fünf Jahre und alsdann mit 25 Proz. für weitere fünf Jahre erhoben werden soll, ferner eine Reduktion der Diözesen. Die projektierten Finanzmaßregeln haben große Aufregung hervorgerufen.

P o r t u g a l.

Lissabon, 22. Mai. (Tel.) Dem „Journal del comércio“ zufolge würde der Infant August (Bruder der regierenden Königin geb. 1847) zum König von Spanien gewählt werden; wie dasselbe Blatt meldet, wäre eine Vermählung des Prinzen mit einer Tochter des Herzogs von Montpensier beabsichtigt.

I t a l i e n.

Florenz. Die „Gazz. ufficiale“ theilt mit, daß Capt. Volpe, welcher die Brigantine „Rosalia“ befehligte, die sich am 20. Febr. in den Gewässern von Lissa befand, ohne den Verunglücken der österreichischen Fregatte „Radetzky“ Hilfe zu leisten, als unbeschuldigt erkannt wurde, da er schon der weiten Entfernung wegen nicht in der Lage war, den selben Unterstützung zu bringen; dagegen wurde der Padrone Pasquale Ventura des Pielego „Il Leone“ samt der Besatzung des lebten dem Gerichte überwiesen, da sie, obwohl sie das Unglück wahrnahmen und sich in der Nähe befanden, ihre Fahrt nach Triest doch fortsetzen, ohne einen Rettungsversuch zu machen, und daselbst überdies falsche Aussagen ablegten.

Rom, 21. Mai. (Tel.) Der Prozeß gegen die wegen Beteiligung an dem Aufruhrversuche vom 22. Oktober 1867 (am St. Paulsthore) unter Anklage Gestellten ist jetzt beendigt worden. Von den 60 Angeklagten wurden zwei zu Zwangsarbeit auf Lebenszeit, die übrigen zu 10 bis 20 Jahren der selben Strafe verurtheilt.

Benedig, 22. Mai. (Tel.) Der Bizekönig von Egypten, welcher gestern eingetroffen ist und einer großen Parade beigewohnt hat, wird sich morgen nach Florenz begeben.

G ro s s b r a t t a u n i u n d I r l a n d.

London, 22. Mai. (Tel.) Oberstlieutenant Clarke, Director der Admiraltätswerkstätten, hat Ordre erhalten, mit dem Kriegsschiffe „Warrior“ bei der Eröffnungsfeier des Hafens Hepburns die britische Marine offiziell zu repräsentiren.

R u s l a n d u n d P o l e n.

Petersburg, 16. Mai. Gestern halte sich hier das Gericht verbreitet, in Paris sei eine Revolution ausgebrochen und das Volk habe mit den Truppen fraternisiert. Das Gericht hatte unter den hier lebenden Franzosen große Sensation verursacht. Viele derselben wollten sich zur Heimreise anschicken und an mehreren von Franzosen besuchten öffentlichen Orten mußte Polizei einschreiten, um die aufgeregten Gallier in die Schranken der Mäßigung zu verweisen. Die auf eine telegraphische Anfrage von Paris heut eingegangene Drahtantwort, nach welcher außer einigen unbedeutenden Straßenkrawallen Paris ganz

Der Vorsitzende theilt darauf mit, daß die Fürstengruft und die Dichterzimmer den Mitgliedern des Schriftsteller-Vereins zum Besuch offen stehen. Aus anderen geschäftlichen Mitteilungen ist hervorzuheben, daß Hermann Schmidt und Friedrich Bodenstedt brieflich ihre Bedauern ausgedrückt haben, an ihrem Erscheinen auf dem Schriftstellerstag sich behindert zu sehen; Herr Morin hat seine Zeitung „Germania“ zu Vereinszwecken zur Verfügung gestellt.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Frage: „Ist es für die Wirklichkeit des Vereins von Vorteil, wenn der Jahresbeitrag erhöht wird? — Karl Grenzel bemerkt, daß diese Frage mit Rücksicht auf die Gründung eines Vereinsblattes gestellt worden sei. — Hermann Kleile spricht sich über die einschlägigen Verhältnisse in erstaunlicher Art aus. Es handelt sich um eine Monatschrift, dessen Vertrieb ein thätiliger und wohl unterschreiter Verleger in Berlin übernehmen will. — Rudolph Döhn theilt dagegen ein Anerbieten des Verleger und Redakteur der in München erscheinenden „Propyläen“ mit, in diesem von teilhaft bekannten Blättern den Interessen des Vereins in ausgedehntester Weise Rechnung zu tragen. — Stredtus findet es erstaunlicher, wenn überhaupt eine Vertretung der Vereinsinteressen nach dieser Richtung hin geboten erscheine, ein eigenes Journal zu gründen und nicht an ein fremdes Blatt sich anzulehnen. Möglicherweise deshalb den Beitrag auf 3 Thlr. erhöhen. — Duboc empfiehlt von der Offerte der „Propyläen“ Gebrauch zu machen. — Hermann Kleile hält es doch zunächst für nothwendig, nach Preis und Verbreitung der bestehenden Blätter „Germania“ und „Propyläen“ zu fragen. — Die Debatte bewegt sich nun um die Frage, ob ein eigenes Blatt, wofür sich noch Friedrich Gerstäder und Karl Ruh, auf Anlehnung an ein Münchener, wofür sich Rudolph Döhn und Karl Grenzel aussprechen, der letztere mit der Modifikation, daß die Anlehnung jedenfalls nicht ohne entsprechenden Kostenbeitrag erfolgen darf. Im Ueblichen zieht er seine eigenen Vorschläge zu Gunsten eines Antrages von Duboc und Gerstäder zurück, welcher lautet: „Der Vorstand hat sich mit einer der beiden Münchener Redaktionen, von welchen Vorschläge wegen einer gratisbeleihung des Deutschen Schriftstellervereins an ihren Werken vorliegen, in geeigneter Weise unverzüglich zu verständigen.“ Dieser Antrag wird mit großer Majorität angenommen.

Ed. Duboc referirt nunmehr statt des abwesenden Theodor Wehl über

ruhig ist, hat niederschlagend auf die Aufgeregten gewirkt; indeß wollen viele derselben nicht an diese Mittheilung glauben; sie sprechen offen die Meinung aus, daß der Zunder in Frankreich gehäuft ist und eine Explosion leicht eintreten kann. (Schl. 3.)

Warschau, 19. Mai. Wenn ein mit dem wahren Stand der Dinge unbekannter die im Auslande verbreiteten Mittheilungen über die Fälschungen russischer Banknoten leste, so muß er natürlich zu der Ansicht gelangen, daß unser Geldmarkt mit lauter Falsifikaten überschüttet sei und schon keine echte Banknote mehr existire. Dem ist nicht so. Es existiren allerdings Falsifikate bei uns — wo existirten die nicht auch in anderen Staaten? — aber nicht in solcher Ausdehnung, als man im Auslande glaubt. Die Hauptfabriken der Falsifikate bestanden in der Schweiz, in England und in Belgien. Aus der erstenen flossen, besonders in den Jahren von 1854—1858, in Massen 25-Rubelscheine, die aber jetzt größtentheils beseitigt sind, sowie auch die Werkstatt bereits zerstört und der größte Theil der Fälscher unschädlich gemacht worden ist. Aus England kamen hauptsächlich rothe 10-Rubelscheine in großer Menge, die aber sehr ungeschickt nachgemacht und leicht kenntlich sind. Man hat sie massenhaft konfisziert, noch ehe sie zur Ausgabe kamen, und wenn die Furcht vor diesen Scheinen, die jetzt in der Circulation begriffen sind, darnach begründet war, so kann bemerklich werden, daß sie bereits außer Verkehr gekommen und im Auslande wohl kaum mehr zu sehen sind. Man ist mit Aufräumung der Fälscherbande beschäftigt, wie man auch der in Frankreich bereits vollständig auf der Spur ist. Was nun im Allgemeinen über die Falsifikate russischer Noten zu sagen bleibt, wird jeder tüchtige Bankier im Auslande auch sagen können, daß nämlich das Geschrei größer ist, als die Sache selbst, daß die neuemittirten Papiere noch frei sind, und daß Falsifikate von größeren Piecen, wie 50 und 100-Rubelnoten, auch von den früheren Emissionen her wohl nur sehr wenige vorkommen. Man fragt sich nun wohl, warum die Regierung die übertriebenen Gerüchte im Auslande nicht widerlegt? So unerbittlich streng auch dieselbe in Verfolgung der Falschmünzerei ist, ebenso tolerant ist sie den über das Vorhandensein russischer Falsifikate im Auslande zirkulirenden übertriebenen Gerüchten gegenüber. Diese Toleranz ist nicht etwa Indifferenzmus, es liegt diese im Prinzip des Grenzsperrsystems. Russland liegt gar nichts daran, daß sein Geld ins Ausland geht, so gern es auch fremdes Geld in seine Lande zieht. Wie lange ist es denn her, daß russische Banknote weder aus Russland noch nach Russland gelassen wurden und jeder Reisende an der Grenze sich eine Revision seiner Geldbestände gefallen lassen mußte. Nach dem Willen der Regierung soll kein russisches Geld ins Ausland gehen, und wenn übetriebene Gerüchte die Valuta herabdrücken und dem Handeltreibenden Schaden bringen, so vermindern sie doch, was ganz im Sinne der Regierung ist, die Reisefreude bei Wielen, die sich daran stoßen, daß ihre Rubel, die zu Hause 1 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf. gelten, im Auslande nur 26 Sgr. oder noch weniger werth sind, also über ein Biertheil ihres Nennwerthes verlieren.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Belgrad, 22. Mai. Aus Konstantinopel wird offiziell gemeldet, daß die Pforte bereit ist, die Orientbahn über Belgrad und Niš zu führen, wie es Seitens der serbischen Regenschaft verlangt worden ist.

Bukarest, 22. Mai. (Tel.) Heute, als am Jahrestage des Einzug des Fürsten Karl in die Hauptstadt, werden beide Kammern dem Fürsten Glückwunschedressen überreichen; andere offizielle Festlichkeiten werden auf Wunsch des Fürsten nicht stattfinden.

Norddeutscher Reichstag.

44. Sitzung.

Berlin, 22. Mai. Eröffnung um 11¹/₂ Uhr. Am Tische des Bundesrathes Graf Bismarck, Delbrück, Burghardt, Scheel u. a.

Die Diskussion der Steuervorlagen wird fortgesetzt.

B. Komm. Geh. Rath Scheel eröffnet heute die Diskussion durch einen Vortrag über die Brauamalzsteuer. Die Konsumtion hat sich sehr erheblich gesteigert. Von 1851—1866 stieg die Fabrikation in Berlin von 25 auf 65 Mill. Quart, die Einfuhr von 1854—1866 von 2¹/₂ auf 7¹/₂ Mill. Quart. Über die Steuer blieb pro Kopf hinter den früheren Zeit zurück, weil aus derselben Menge Malz, ein weit größeres Quantum Bier fabriziert wird und die Verwendung von Kartoffelsüdern und Syrup erheblich zugemessen hat. In vielen Brauereien wird 1¹/₂ des Malzes durch diese Surrogat ersetzt, und zwar ist ein Bentner Kartoffelsüdern, resp. Kartoffelsyrup gleich 3, resp. 2 Bentner Malz. Als im Jahre 1831 die erste Brauereifabrik angefertigt wurde, ging man davon aus, daß aus einem Bentner Malz 100 Quart Bier gewonnen würden; jetzt werden durchschnittlich 200 Quart gewonnen: nämlich 300 Quart leichten Bieres, 200 Quart Doppelbieres und 160—180 Quart sogenannten bairischen

Bieres. Waren im Jahre 1819 200 Quart Bier mit 2¹/₂ Pfennigen beeuert, so beträgt die Steuer heute die Hälfte (1¹/₂ Pf.). Denn sie ist seitdem nicht erhöht worden, während die Produktion ausgedehnt worden ist. Gleichzeitig blüht das Brauereigewerbe, die bestehenden können kaum dem Bedürfniss genügen und alljährlich entstehen neue. Da das Gewerbe fast durchaus ein städtisches ist, so können die aus dem Interesse der Landwirtschaft entnommenen Einwände gegen die erhöhte Branntweinsteuer nicht gegen die Erhöhung der Brauamalzsteuer vorgebracht werden. Auch vom Standpunkte der Konsumanten ist gegen die letztere nichts zu sagen. Man hat gestern den Geist des Finanzministers v. Maassen heraubeschworen, der der noch heute für jeden preußischen Finanzmann als Muster gilt. Aber die heutige Verwaltung glaubt durchaus in seinem Geiste zu handeln und seinen Spuren zu folgen. Wenn er 1819 auf 100 Quart Bier eine Steuer von 20 Sgr. legte, die bei der damaligen Wohlhabenheit viel drückender war, als der selbe Betrag heute, so würde er heute, wo die Konsumationsfähigkeit in denselben Verhältniß gestiegen ist, wie die Fabrikation ausgedehnt ist, wahrlich keinen Anstand nehmen, die kleine Erhöhung vorschlagen, die jetzt gefordert wird (1 Thlr. statt 2¹/₂ Thlr.). Und im Jahre 1820, in welchem Herr v. Maassen sein System abschloß, war das Militärabudget relativ größer und drückender als jetzt, 2 Thlr. 13 Sgr. pro Kopf, also um 5 Sgr. mehr als heute. Nach der Vorlage wird die Brauamalzsteuer immer noch um 20 Prozent geringer sein, als sie 1820 war. — Der Kommissar weiß schließlich die gestern erhobenen Vorwürfe der Unüberlegtheit und Systemlosigkeit von der jetzigen Verwaltung zurück. Alle Vorlagen seien seit Jahren gründlich und mit Mitgliedern der technischen Deputation geprüft und durchgearbeitet. Auch treffe den Finanzminister nicht der Vorwurf, den Ertrag der Petroleumsteuer unterdrückt zu haben. Schon die erste Denkschrift habe den progressiven Charakter derselben anerkannt und nicht etwa auf 500,000 Thlr. figuriert.

Abg. v. Kardorff: Nach der Entwicklung, welche die Debatte über die an und für sich nicht sehr bedeutenden Steuervorlagen gewonnen hat, stehen wir vor einer Frage von eminent politischer Bedeutung, von deren Entscheidung vielleicht die ganze künftige Gestaltung Deutschlands abhängt. Der Abg. Waldeck erklärte, der Reichstag dürfe keine neue Steuer bewilligen, denn dadurch würde man die Mittel zur Aufrechterhaltung der Militärauslast auch über das Jahr 1870 hinaus genähren. Ich glaube kaum, daß der Reichstag von 1870 sich durch unsere jetzigen Beschlüsse präjudizieren lassen wird; er wird vielmehr sein Votum abhängig machen von dem Vertrauen, das er in die Entwicklung der Bundesverfassung setzt und von den großen politischen Konstellationen. Die Verminderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen, das es seine Gefahr verliert. Der Abg. v. Benda knüpft an die Bewilligung von Steuern die Bedingung eines verantwortlichen Bundesfinanzministeriums. Dazwischen wirkt die Verhinderung der Militärauslast ist eine Vorderung, die von jener Seite schon vor 1866 aufgestellt worden ist; sie wird auch jetzt noch aufrecht erhalten, doch sind die Herren mit den Erfolgen einverstanden, die im Jahre 1866 nur mit Hilfe der bestehenden Militärmacht errungen werden könnten. Ich bedaure, daß ich den Herrn Finanzminister gegen die von den Abg. v. Benda und Lasker erhobenen Vorwürfe nicht in Schuß nehmen kann, daß ich diejenigen vielmehr zum größten Theil als begründet anerkennen muß, wenn ich auch nicht allen sonstigen Konsequenzen, die jene Herren daraus gezogen haben, zutreffen kann. So will der Abg. Lasker überhaupt alle Steuern ablehnen müssen, indem er voraussetzt, daß das Defizit, wie in früheren Jahren so auch diesmal sich durch die laufenden Einnahmen decken lassen werde. Diese Hoffnungtheile ich nicht, denn die politische Situation ist jetzt eine andere und das Defizit selbst ein viel größeres als früher. Allerdings will auch ich nicht bis zur vollen Höhe des letzteren neuen Steuern bewilligen, ich wünsche es aber auf ein Maß zurückzuführen,

treffen. Um $10\frac{1}{2}$ Millionen Defizit zu decken, sollen $13\frac{1}{4}$ Millionen durch die neuen Steuern aufgebracht werden, darunter 6 Mill. auf den Gebrauch der Augen, denn Gas und Petroleum braucht der Arbeiter, um sehen zu können. Graf Bismarck sagte, die besteuerten Objekte seien ja entbehrlich. Aber die Finanzverwaltung rechnet eben darauf, daß sie nicht entbehrlich werden, sonst würden sie nicht besteuert werden. Die neuen Steuern betragen pro Kopf im Norddeutschen Bunde 6 Sgr., d. h. 1 Thlr. pro Familienhaupt. Eine Erhöhung der Klassensteuer um 100 Prozent würde nicht so empfindlich auf die unteren Klassen wirken wie die neuen indirekten Steuern, und diese letzteren wird man nie mehr los, weil die besteuerten Klassen kein Interesse an ihrer Befreiung haben, während Buschläge zu den direkten Steuern immer an allen Besteuerten einen wachsenden Feind haben, der sie so bald als möglich wieder abstößt. Die Gassteuer würde sehr verschiedene Wirkungen haben. In manchen Städten, wo Gas überhaupt kaum mehr mit Augen neben den übrigen konkurrierenden Brennstoffen fabriziert wird, wird sie nicht zu ertragen sein. Und soll schon einmal das Gas besteuert werden, so haben auf die Einnahmen die Kommunen den besseren Anspruch, sonst könnte der Bund eben so gut die Wasserleitungen besteuern. Bei der Petroleumsteuer schleppst sich ein Irrthum durch alle Vorlagen seit einem Jahre durch: man überseht nämlich bei der Besser der Einführung die Klasse, die wieder ausgelegt wird. Gegen die Quittungssteuer bin ich so entschieden, daß ich auch wegen der Stempelsteuer bedenklich geworden bin. Denn es wirkt geradezu beleidigend, wenn eine Steuervorlage durch eine andere ergänzt wird, die die erste vollständig altert. Ist das die Art, Steuervorlagen einzubringen? Die Eisenbahnbilletsteuer trifft fast ausschließlich die untersten Volksschichten, die ihrer Arbeit wegen reisen müssen und nicht wie die reichen Leute auch zu Hause bleiben können. Zu den $18\frac{1}{2}$ Mill. Thlr. Eisenbahngeldern, die 1867 vereinbart wurden, steuerten die Reisenden 3. Klasse $7\frac{1}{2}$ Mill., die der 4. Klasse $3\frac{1}{2}$ Mill., die der 1. Klasse, die Finanzbarone, nur $1\frac{1}{2}$ Mill. bei. Die Börsesteuer wird von den Offiziellen empfohlen, um die übrigen Steuern schmäler zu machen, und ein verdammungswürdiger, nichts-würdiger Dilettantismus kennzeichnet in der „Beiderlischen Korrespondenz“ jene Steuer als eine solche, an der das Blut und der Schweiß des Arbeiters nicht klebt. Ich will Sie zum Schluss an einen Satz mahnen, welchen ich in diesen Tagen in einer alten Schrift fand. Dieselbe ist im Jahre 1832 gedruckt, wird also nicht dem Verdacht ausgelegen sein, daß sie Neuerungen predige. Sie ist herausgegeben worden von J. B. Neumayr in Schlesingen und führt den Titel: „Von Schätzungen und Steuern sonderbarer Traktat.“ — Auf dem Titelbild sieht man ein Bild, welches die „Schaffschur“ darstellt; darunter stehen folgende Verse:

Ein guter Hirt die Woll nimbt ab,
Beucht aber nicht das Fell gar ab,
So soll mit Wiss die Obrigkeit
Auch schünen ihre arme Leut,
Auff daß sie können geben mehr,
Des wird sie haben Zug und Chr.
(Lebhaftes Bravo.)

Abg. Graf Schulenburg (Beetzendorf) repliziert den liberalen Gegnern der neuen Steuervorlagen, versichert die größten Opfer für die nationalen Zwecke der Bismarckschen Politik bringen zu wollen, um das preußische Defizit zu decken, das durch die Gründung des Bundes eigentlich erst entstanden ist.

Abg. v. Bennigsen: Der Vorredner und die Denkschrift behaupten beide, was nicht einmal die Feinde des Bundes zu sagen gewagt haben, daß das preußische Defizit durch das Jahr 1866 entstanden ist, daß Preußen damals seine Kraft überschätzt und ein Werk zu begründen versucht habe, unter dessen Last sie zusammenbricht. Seit gestern muß ich mich fragen: sind wir hier im Reichstag oder im preußischen Landtag? Es handelt sich um ein preußisches Defizit, von dessen Umfang und Begründung der preußische Landtag noch nicht Kenntnis erhalten hat und nicht erhalten konnte. Statt dessen legt man uns ein Budget des Bundes vor ohne die Steuervorlagen, von deren Erfolg das weitere abhängt und bestimmt einen Konflikt zwischen Reichs- und Landtag, den unsere Zustände nicht vertragen können. (Beidäufig: die Eisenbahnbilletsteuer, die der Kommissar des Bundes bei Vorlegung der Branntweinsteuer noch nicht einmal erwähnte, und die uns erst vorgelegt werden soll, ist durchaus willkürlich geprägt, denn warum soll das Reisen auf Dampfschiffen und mit dem Postfahrer frei sein?) In der Konsistenz zweier so großer Körper, wie Reichstag und preußischer Landtag, liegt eine Gefahr für den Bundesstaat, die durch ein Verhältnis auf dem seit gestern bereiteten abschüssigen Wege nur gefestigt werden würde. Nach meiner Meinung wird und soll der Schwerpunkt in den Reichstag verlegt werden, aber um so dringender ist die Erhaltung des Einervertrags zwischen Reichstag und den einzelnen Landtagen für die Zwischenzeit der Übergangsperiode. Wir dürfen die Entscheidung einer Frage nicht vorweg nehmen, über die der preußische Landtag zunächst zu befinden hat und im Herbst unter viel ungünstigeren Umständen befinden wird. Denn welche von beiden Rörschaften die stärkere ist, das weiß man noch nicht. Für den Reichstag wäre es Pflichtvergehenheit, um eines Defizits von $10\frac{1}{2}$ Millionen willen im Jahre 1870 und in Preußen $13\frac{1}{2}$ Millionen neue Steuererträge zu bewilligen auf Grund von Bissen, die nur für 1867 und 1868 zuverlässig, für 1869 und 1870 willkürlich sind. Nicht einmal die Ergebnisse des 1. Quartals d. J. sind uns vorgelegt. Was die Mittel zur Abhilfe betrifft, so werden Erhöhungen der direkten Steuern unmöglich, Buschläge zu denselben schwierig sein, schon mit Rücksicht auf die neuen Provinzen, deren bisher unrichtige Behandlung in dieser Beziehung vorsichtig machen muß. Also werden nur Bundessteuern übrig bleiben, um ganz von den Militärlasten abzukommen. Um diesen Weg zu beschreiten, wird der preußische Landtag früher als gewöhnlich, wird der Reichstag noch in diesem Jahr einberufen werden müssen. (Lebhaftes Widerspruch rechts.) Dann wird man auch einen Plan vorlegen können. — Unsere Stellung, in der wir den Bundeskanzler in seiner nationalen Politik unterstützen und gleichzeitig leider gegen seine Kollegen in der inneren Verwaltung Preußens Front machen müssen, ist, ich gebe es zu, eine sehr schwierige und sie wird es immer mehr. Man klagt uns des Servilismus gegen den Klang und der revolutionären Tendenzen gegen den preußischen Staat an. Aber die Angriffe der offiziösen Presse werden allmälig so groß und plump, daß wir sie nicht mehr ertragen mögen. Waren sie begründet, so hätte eine so hohle und nichts-würdige Partei, als welche wir dargestellt werden, kein Recht zur Existenz. Wir sollen nach Machtweiterleitung streben, wir, die wir die Stellung des Landtags zu Gunsten des Reichstages zu reduzieren streben, die wir die Bundessteuern erst in die Verfassung hineingebracht haben! Aber eben darum wird man es uns nicht verargen, wenn gerade wir uns für verpflichtet halten, die Steuerzahler vor Überfordrung zu schützen. Daß der Bundeskanzler für seine Politik und für wirkliche Bedürfnisse auf den Reichstag rechnen kann, versteht sich von selbst. (Beifall.)

Graf Bismarck: Ich habe von dem Herrn Vorredner den Eindruck, daß ich bald mit ihm einverstanden bin, bald wiederum mich von ihm geschieden weiß. Leider bleibt der erste Eindruck nicht, denn sein Resultat ist, daß dem Bunde und Preußen die perfektäre Hilfe versagt wird. Gerade die Steuervorlagen haben die Wirkung, die Selbstständigkeit des Bundes zu stärken, und darum begreife ich nicht, daß Freunde des Bundes sich als prinzipielle Gegner des Weges bemeisen, auf dem die finanzielle Sicherheit des Bundes gesucht wird. Sie sind entschieden, uns kein Geld zu geben; der eine sagt es mit der Entschiedenheit, die ihm eigenthümlich ist; der andere beruft darauf, daß die Steuervorlagen die verschiedenen Volksklassen gegen einander aufbringen, obwohl der Abg. Dr. Becker selbst in diesen Fehler verfallen ist. Daß es einzelne reiche Leute gibt, erwählt nur mein Bedauern, daß es ihrer nicht mehrere gibt, dann würden die direkten Steuern einträglicher sein. Warum die Steuervorlagen einen Konflikt zwischen dem Landtag und dem Reichstage erzeugen sollen, kann ich nicht erkennen. Beide Rörschaften sollen sich in die Hände arbeiten, nicht die eine der anderen den Brodloch höher hängen und sich als das undankbare Kind gegen die Mutter, die es mit Schmerzen geboren hat, gerüsten. Es liegt in der Natur unseres Kassenwesens, daß der Umfang des Schadens erst seit dem Zusammentritt des Reichstages übersehen werden konnte, daher die hast, mit der die Vorlagen gearbeitet werden müssten. Wenn Herr v. Bennigsen die Ergebnisse des 1. Quartals d. J. zu kennen verlangt, so steht dem nichts im Wege. Das Defizit sieht sich aus drei Faktoren zusammen, die ich als das Defizit der Vergangenheit, das der Gegenwart und das der Zukunft bezeichnen möchte. Das erste beträgt 5 Millionen und entstand durch Erleichterungen, die dem Verkehrs geboten wurden. Die Regierung ist entmuthigt auf diesem Wege weiter vorzugehen, weil sie für den Ausfall in den Einnahmen keine Entschädigung erhielt. Das Defizit der Vergangenheit sind die $2\frac{1}{2}$ Millionen Binsen für Anleihen, die für Eisenbahnen und den Notstand gebietstrich gefordert wurden. Auch in dieser Beziehung ist

die Regierung entmuthigt und wird sich die gemachte Erfahrung ad notam nehmen. Die Veranschlagung des zukünftigen Defizit hängt von der mehr oder minder günstigen Berechnung der Einnahmen des vorigen und des laufenden Jahres ab. Daß das 1. Quartal d. J. keine Besserung aufweist, kann ich schon jetzt sagen. Alle diese Ursachen des Defizits hat Preußen und seine Regierung nicht verschuldet und wenn es nicht früher konstatiert wurde, so liegt das daran, daß die sicherer Bissern erst im März und April festgestellt werden können. Die Regierung hat keine Schuld, wenn bei der Stockung des Verkehrs die Bergwerke des Staates weniger abwerfen, bei dem Stillstande der Bauten weniger Hölzer aus den Staatsforsten gekauft werden und weniger Personen auf den Staatsbahnen fahren. Man wird uns vor, die Vorlagen seien eilig gearbeitet. Aber wann ist denn die Zeit für einen Minister zu arbeiten? Seit dem Schluß meines unfreiwilligen Urlaubes im November v. J. bis heute habe ich keinen Tag verlebt, in dem ich nicht in einer deliberierenden Versammlung, sei es Landtag, Reichstag, Bundesrat, Zollbundesrat oder Staatsministerium gesessen hätte. Der Landtag zwang auch den Finanzminister, mit seinen besten Räthen den Sitzungen beizuhören. Wenn dem so plötzlich sich zeigenden Schaden gegenüber rasch Vorlagen ausgearbeitet worden, so sollte man das nicht tadeln, sondern unser trefflichen Beamten dafür dankbar sein. Die Herren kennen nur die Alternative, die Steuervorlagen abzulehnen oder mit der Befriedigung des Bedürfnisses zu warten, zu einer Amendingung lassen sie sich gar nicht herbei. Als Bundeskanzler brauche ich allerdings kein Geld, wohl aber als preußischer Minister. Ich bedarf Ihre Billigung oder eine Quittung über Ihre Ablehnung, um mich vor dem Landtag zu legitimieren, wenn er mich fragen wird, warum ich die besseren Steuern mir nicht vom Reichstage habe bewilligen lassen. Meine Hoffnungen auf diese Billigung sind jetzt erheblich geschwunden, da man uns statt ihrer einige schändbare Abhandlungen über Verfassungsfragen und Aehnliches geboten hat. Man verweist uns auf Ersparnisse, und zwar im Militäretat. Dieser Etat liegt gesetzlich fest, aber man sagt uns, daß mit einem guten Willen das Schloß sich lösen ließe. Diese Brage ist mehr eine politische, als eine finanzielle. Tatsächlich haben wir die $2\frac{1}{2}$ -jährige Dienstzeit, weil das eiserne Budget für die dreijährige gar nicht ausreicht, und die Mehrausgabe für das neue Gesetzwezen und die Fortifikationen gar nicht in dasselbe aufgenommen sind. Die 2-jährige Dienstzeit möglich, umre sparsame Militärvorwaltung würde nicht zögern, sich für sie zu entscheiden. Es ist recht hart, mit die Mittel zur Fortführung der Geschäfte zu versagen und doch zu erwarten, daß ich sie fortführe. Den möchte ich sehen, der an meiner Stelle den Wuth hätte zu entwaffnen. In Frankreich ist gesagt worden, daß die Sicherheit seines Friedens von seinem Degen abhänge. Ich glaube, daß jedes Land diesen Ausdruck auf sich anwenden kann, und daß auch unser Friede, unsere Sicherheit auf unserer Wehrkraft beruhe. Die Brage, wie der Degen beschaffen sein muß, der diese friedenspendende Kraft hat und was er kostet, möchte ich nicht von Bivalenten entscheiden lassen. (Beifall rechts.) Die Opposition kennt keinen Kompromiß mit uns, sie weiß nur abzulehnen oder zu warten bis auf den Nummermehrtag. Ich bin bereit, den Landtag früher als gewöhnlich, ich bin bereit, ihn sofort einzuberufen, denn auch nur sechs Monate in der jetzigen Lage zu bleiben wäre kaum exträtig. Auch der Reichstag könnte noch einmal in diesem Jahr berufen werden, doch kann ich den Entscheidungen des Präsidiums des Bundes nicht vorgreifen. Einschreien bin ich in der ungünstigsten Lage, daß mir jede Billigung verweigert und nicht einmal ein Kompromiß gewährt wird!

Abg. Miquel: Ablehnen heißt nur in diesem Augenblick nicht die Verantwortung für $12\frac{1}{2}$ Millionen neuer Steuern auf sich nehmen gegenüber einem preußischen Defizit, an dessen dauernden Charakter die preußische Regierung selbst nicht glaubte, sonst hätte sie es im vorigen Jahre mit neuen Steuern und nicht mit Hilfe von Aktivbeständen bekämpft. Plötzlich ist ein dauerndes Defizit entdeckt und wir sollen bewilligen auf die Gefahr hin, daß der preußische Landtag uns desavouirt. Die Denkschrift des Finanzministers liefert selbst den Beweis, daß er an ein dauerndes Defizit nicht glaubt. Denn sie gibt nicht einen einzigen wirtschaftlichen Grund dafür an, sondern deduziert alles aus den Abnormitäten des Jahres 1865. Preußen mit seinen neuen Provinzen, in denen die Domänen erst rationell verwertet werden sollen, in denen die Grundsteuer noch nicht eingeführt ist, befindet sich seit 1866 ebenso in einem Provisorium, wie der Bund selbst. Die Folgen des Krieges und des Notstandes auf die Betriebsverwaltungen lassen ein ungetriebtes Bild unserer finanziellen Lage und Kraft nicht aufkommen. Unter den Mehrausgaben, die die Denkschrift aufführt, sind einmalige, so die 800.000 Thlr. im Etat des Ministeriums des Innern. Der Finanzminister behauptet die Notwendigkeit eines dauernden Defizits, die ich nicht anerkenne kann; denn unter den ausgeschöpften Ausfällen sind nur die für Zoll- und Portoermäßigungen anzuerennen, welche aber aufzuhören werden, sobald sich der Verkehr wieder hebt. Wie man uns vorwerfen kann, daß wir auf die Verlegenheit der Regierung spekulieren, um Konzessionen zu erlangen, begreife ich nicht, solche Vorwürfe sind wir von der offiziösen Presse, der so Alles erlaubt ist, gewohnt, aber Ihnen hier haben wir doch wohl genügenden Anlaß gegeben, von uns zu glauben, daß wir bona fide handeln. Unser Verhalten ist nur die Folge gewissenhafter Erwägung der Lage und wir wünschen nur für die Zukunft die schwersten Schäden zu verhindern. Wenn man das Gefühl nach Machtverweitung, so akzeptiere ich den Ausdruck, aber er ist falsch. Sie tragen schon jetzt den Schaden davon, daß Sie nicht darauf eingegangen sind, in der Steuerfrage zwischen den Landesvertretungen und dem Reichstage zusammenhang herzustellen. Darum müssen wir jetzt bei jeder Billigung von der Regierung die Möglichkeit verlangen, etwaige spätere Schäden später korrigieren zu können. — Viel unklarer aber noch ist die Denkschrift in Bezug auf die Deckungsmittel, denn sie kann unmöglich den Ertrag irgend einer der projektiven Steuern veranschlagen; in dieser Lage kann ich mich unmöglich zu Bewilligungen entschließen. Wenn die Appellation an unsern Patriotismus gerechtfertigt wäre, wenn die Existenz Preußens gefährdet wäre, würde ich Alles bewilligen, was nötig ist. Diese Gefahr sehe ich aber nicht ein, wenn es einmal nötig ist, noch ein Jahr ein Defizit zu tragen. Warum ergeht man nicht vorübergehend zu Anleihen, Steuervorschüssen, Schatzanweisungen? So werden wir die Lage überstehen; und ich halte zu schwarze Schilderungen für überflüssig, namentlich da Sie den Staatskredit gefährden. Daß uns endlich eine solche Musterliste von Steuern geboten wird, soll wohl nur die Billigung einzelner erleichtern; das ist aber eine ungerechte Spekulation. Wir haben Ihnen im Bollparlamente positive Vorschläge gemacht, z. B. in Bezug der Zuckersteuer, deren Annahme erhöhte Einnahmen bewirkt hätten; aber sie scheinen wieder fallen gelassen zu sein. Lassen Sie diese Reformen im Bollsystem eintreten. Für das Provisorium, in dem wir leben, können wir aber unmöglich, dauernde Steuern bewilligen.

Abg. v. d. Heydt: Siehe ich dem Vorredner vor, die Denkschrift nicht gelesen oder nicht verstanden bin zu haben. Dieselbe soll nur die augenblickliche Finanzlage klar legen und warnt ausdrücklich nur vor zukünftigen Pflichtlichkeiten, nicht vor augenblicklicher Insolvenz Preußens. Es ist außerdem gar nicht beabsichtigt, nachzuweisen, daß das Defizit dauernd sein werde, das wäre ein Unsinn, wenn man das wollte. Auch darin täuscht sich der Vorredner, daß die Denkschrift unsere Lage zu schwarz malt; ich bitte ihn, die Stelle nachzulesen. Anleihen zu machen oder Bestände zur Deckung vorübergehender Bedürfnisse anzugreifen, halte ich für sehr gefährlich. Der Vorwurf aber, wir seien auf zweckmäßige Vorschläge nicht eingegangen, ist ungerecht, da nach Beendigung der betreffenden Vorarbeiten dem Bundeskanzler bereits Mitteilungen in dieser Richtung gemacht sind. Vorredner bezweifelt dann die Möglichkeit, die Erträge der Steuern richtig zu schätzen. Das ist allerdings sehr schwer, aber ein ungefähres Bild müssen wir uns doch davon machen, das ist unsere Pflicht.

Abg. Dr. Löwe: Der Herr Finanzminister ist heute schon etwas milder als gestern und ich freue mich darüber. Der Herr Bundeskanzler aber hat uns so arge Schrecken vorgebracht, daß ich froh bin, gute Nerven dagegen zu haben. Er droht uns, wir würden diese lästige Arbeit noch einmal haben, aber davor fürchten wir uns nicht. Er droht mit Staatsbankrott; so elend ist die Lage noch nicht und wenn es der Finanzminister doch behauptet, so glaubt es ihm kein Mensch in Europa. Wir zahlen ja unsere Steuern noch und die Exekutionen nehmen nicht in so hohem Grade zu. In einem Provisorium aber, das sich als solches angestellt hat, will ich nicht noch neue Steuern votiren; sondern ich glaube immer wieder, daß die einzigen durchgreifenden Ersparnisse am Militär zu machen sind. Aber der Bundeskanzler sagt, damit würden wir wehrlos; wenn er das behauptet, so glaubt das Europa nicht. In einem sei zwei Generationen so militärisch geübten Lande kann man die Armee entwaffnen (Beifall rechts), und wenn Sie darüber lachen, so beweisen Sie, daß Sie den wahren Geist

unseres Volkes gar nicht kennen. Der Bundeskanzler versichert uns solchen Summunhungen gegenüber immer seine Bereitwilligkeit, sein Amt niedergelassen zu versuchen; denn daß wir parlamentarisch keinen Einfluß auf sein Bleiben oder gehen haben, weiß er ja am besten; wir haben aber die Pflicht, in jedem Augenblick nach unserer Überzeugung zu sprechen und zu handeln. Darum sagen wir es, daß der Militäretat das Volk so sehr belastet, daß es sich so nicht weiter entwickeln kann. Gewiß wollen wir unter allen Umständen an diesem norddeutschen Staat festhalten, aber nicht das Finanzsystem akzeptieren, das uns zugemutet wird. Es müssen die Auflagen so verhiebt werden, daß dem Volke nicht die Möglichkeit der Entwicklung genommen wird; man muß die Steuerkraft nicht erschöpfen, sondern schonen. Der Bundeskanzler hat selbst schon zugestanden, daß bereits große Fehler in unserer Finanzwirtschaft gemacht sind, daß Niemand über Steuern klagen solle, so lange noch der Arme Wahl- und Schlachtsteuer zahlen müsse. Die führt der Arme mehr, wie Sie die Branntweinsteuer, aber Sie schreien mehr. Ihre Pamphlete gegen diese Steuer hätten mit Ründerung der Überschrift genau auch für die Salzsteuer gepasst und doch sind Sie an der nicht zu Grunde gegangen. Wie haben wir damals um eine kleine Erhöhung der Salzsteuer gebeten; nichts davon! Der Finanzminister, den ich seit lange nicht so glücklich habe lächeln sehen, als in diesem Augenblick (Heiterkeit), wies damals alle Anforderungen zurück. Damals aber war noch die Ansicht in Blüthe, daß es nicht gut sei, wichtige Fragen der parlamentarischen Entscheidung zu überlassen. Der Augenblick, über den Parlamentarismus so zu sprechen, war gestern wohl von dem Herrn Bundeskanzler schlecht gewählt. Ist man je in einem absoluten Staat, ist man bei uns selbst in den Zeiten des Konflikts mit einem Dutzend Steuern auf einmal gesetzen? Und nun soll man doch nicht den Parlamentarismus in dieser Weise kritisieren, wenn der Finanzminister mit solchen Konzessionen kommt; er hätte ja früher 1866 nicht alle jene Propositionen gemacht (Deposited, Dotations u. s. w.), wenn er hätte ahnen können, daß er je mit einem solchen Defizit würde vor uns treten; dann hätte ja auch die Majorität des Landtags nie daran gedacht, den Staatszettel zu füllen. Noch hat eine strenge Ordnung, und Kontrolle müssen wir haben und die muß ja auch dem Finanzminister selbst erlaubt sein, damit er nicht wieder in eine solche Lage kommt. Die Entscheidung der Steuerfrage liegt also schon in der der Vorfrage, daß wir für ein Provisorium neue Steuern bewilligen wollen; das wollen wir dann aber überhaupt nur, wenn damit eine Reform der bestehenden Steuern eintritt. Zu decken wird also dies Defizit nicht durch Ersparnisse im Militäretat. (Bravo links.)

Graf v. Bismarck: Der Herr Vorredner scheint sich durch das, was ich gestern von der Bereitsamkeit gefragt habe, besonders getroffen zu fühlen. (Heiterkeit) Er greift in das Gebiet der Dichtung hinein, indem er mit Auszügen andichtet, die ich nie in meinem Leben, namentlich nicht an dieser Stelle gehabt habe. Ich appelliere an das ganze Auditorium, ob ich mich gestern in eine Kritik und dazu eine so böswillige Kritik des Parlamentarismus eingelassen habe. Im Gegenteil bin ich rechts so misverstanden worden, als hätte ich mich zu weit nach links geneigt; ich habe nur gesagt, daß ich über eine richtige Feststellung des parlamentarischen Schwerpunktes zu verhandeln geneigt wäre, wenn es unabhängig von einem Laufgeschäft geschehen kann. Mein ganzes Leben beweist, daß ich aufrichtig mit diesem System gehen will, womit nicht in Widerspruch steht, daß ich seinen Ausschreitungen an einer anderen Stelle fest und dauerhaft entgegentrat. Die parlamentarische Gewalt nicht zu stark werden lassen, heißt doch nicht, sie zu kämpfen. Wir würden aber die Gefahr des Dilettantismus in der Politik auf uns ziehen, wenn die Schwärkraft überwiegt in den parlamentarischen Versammlungen läge, wie es jetzt nicht der Fall ist. Ich habe zu dem Wohlwollen des Vorredners das Zutrauen und fordere es von ihm als einen Zoll der Achtung, daß er meine geistige Rede nachliest und sich überzeugt, daß er mir unrecht thut. Er verließ die Tribüne mit seinem Ceterum censeo gegen den Militäretat. Ich würde die Bürgschaft für Sicherheit des Staates in seinem Sinne übernehmen, wenn eine siegreiche Armee an der Grenze des Staates durch die Macht der Bereitsamkeit aufzuhalten wäre. (Heiterkeit) Die Geschichte Roms erzählt von einem Fall, in dem die Feinde durch bloße Bereitschaft aufgehalten wurden, aber diese Feinde gehörten nur sehr unkultivierten Volksstämmen an. (Große Heiterkeit) Sie sollten sich doch hüten, im Publikum die Meinung zu verbreiten, daß die Ausgaben für die Armee unproduktiv seien und gewiß würden Sie nicht so an ihr rütteln, wenn Sie nicht würden, daß Sie sie doch nicht einreihen werden. An den Dämmen einer Niederung sparen wollen kann sehr kostspielig werden. Kriegskonttributionen drücken noch ganz anders als die proponierten Steuern. Die Armee gibt die Sicherheit für die Produktivität des Landes. Gegen die Solidarität mit irgend einem Zeitungsartikel, selbst mit dem „Staatsanzeiger“, den ich amtlich, aber nicht persönlich zu vertreten habe, muß ich mich entschieden vertheidigen. Ich schreibe keine Zeitungsartikel, zensire keine, ich lese kaum eine Zeitung — meine Mittel erlauben mir das nicht. (Heiterkeit) Die Regierung ist nicht verantwortlich für alles, was in einer Zeitung steht, die so oft es verlangt wird, einen Artikel von ihr aufnimmt und dadurch auf offiziösen Artikeln gilt. Die Regierung müßte die Redaktion übernehmen, um für eine solche Zeitung verantwortlich zu sein, und dann würde sie so langweilig werden, wie der „Staatsanzeiger“ es ist. (Heiterkeit) Man muß die Fülle auch der offiziösen Zeitungen der Phantasie der Redakteure überlassen. Auch von Ihnen hat keiner die Zeit, eine Zeitung ganz zu redigieren, wenn er sie auch zuweilen mit wohlmeinenden Beiträgen unterstüttet, und ich versichere Sie, ich habe so viel zu thun, wie der Bevölkerungsteil unter Ihnen.

Die erste Berathung schließt mit einer Unzahl persönlicher Bemerkungen und dem Resultat, daß die beiden Steuervorlagen einstimmig nicht an eine Kommission verweisen, sondern zur zweiten Lesung gelangen werden.

Schluss 4¹/2 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. Mai. Vom hiesigen Wahlkomitee geht uns folgende Bekanntmachung zu:

Morgen, Dienstag, 25. Mai, findet die Wahl eines Abgeordneten des Wahlkreises Posen zum Norddeutschen Reich

dass jeder Hausbesitzer für einen Thaler, den er am 1. Oktober d. J. zu zahlen hat, alle Wohnungen und Räume in seinem Hause, die bis zum 1. April 1870 zu vermieten sind, in dem Wohnungs-Nachweisung-Büro anmelden kann, ohne dafür weiter etwas zu bezahlen.

Das Pfingstschießen der Schützengilde, welches am vorigen Montag begonnen hatte, wurde während der vergangenen Woche fortgesetzt und Sonnabend Abends 6 Uhr beendet. Bereits am Mittwoch hatte Herr Schmiedemeister Schneider einen Schuh ganz nahe dem Zentrum in den zweitältesten Sitzel getragen; doch kam eine halbe Stunde vor Schluss des Schießens Herr Döpfermeister Dolatowski dem Zentrum noch um eine Messerrückentrennung näher. Im Gange ist die Scheibe, welche in einer Distanz von 285 Schritten aufgestellt war, von 310 Schüssen durchbohrt worden. — Nachdem am Sonnabende Abends die Scheibe verneßt worden war, wobei sich herausstellte, dass hr. Dolatowski und nächst ihm die Herren Schneider und Adamski (Handschuhmachermeister) die besten Schüsse gehabt hatten, fand die Dekoration des Schützenkönigs und der Ritter am Sonntage Abends 6 Uhr im Schützenzaal statt. Darauf überreichte der erste Vorsteher, Herr Wissel, den gefüllten Pokal dem neuen Schützenkönige, welcher einen Lauf auf den König ausbrachte; der zweite Lauf, ausgebracht vom ersten Vorsteher, galt dem Schützenkönige, der dritte, ausgebracht vom zweiten Vorsteher, Herr. Kamiński, der Schützenkönig, ein vierter Lauf wurde sodann schließlich noch von Herrn Tesche auf den Kronprinzen ausgebracht. — Der Schützengarten erfreute sich während der ganzen vergangenen Pfingstwoche, besonders aber am Sonntage, eines sehr starken Besuches; ebenso wogte an diesem letzten Tage auf dem Platz vor dem Garten eine zahllose Menschenmenge.

Zu Bohrversuchen eignet sich vortrefflich diejenige Methode, welche Herr Rendant Wissel auf dem Grundstücke der hiesigen Gasanstalt bereits öfter angewendet hat, und welche wir in unserem Bericht über die letzte Versammlung des naturwissenschaftlichen Vereins genauer beschrieben haben. Es werden dabei zwei eiserne Röhren, eine weitere und engere, angewandt, und durch die letztere ein kräftiger Wasserstrahl mittels eines Druckwerkes hindurchgetrieben. Herr Wissel ist es gelungen, indem er Gasröhren mittels der Rüffen mit einander verband, auf diese Weise in kurzer Zeit eine Tiefe von 140 Fuß zu erreichen. Der Wasserstrahl, welcher aus dem weiten Rohre herauschießt, führt das Erdreich aus der Tiefe mit sich, so dass man demnach genau erkennen kann, durch welche Erdschichten das Bohrloch hindurchgeht.

Die polnische Theatergesellschaft aus Krakau beginnt am Donnerstag ihre Vorstellungen im hiesigen Stadttheater.

In der Wilhelmstraße erhält gegenwärtig Mylius Hotel einen eleganten Delfarbenanstrich. Das Wisniowskische Haus (Nr. 25), auf welches in vorigen Jahre ein Stodt aufgesetzt wurde, wird in diesem Jahre abgeputzt. Die Architektur, welche der ausführende Baumeister Herr G. Schulz dabei zur Anwendung bringt, gehört zum Theil der Spät-Renaissance an und zeichnet sich durch außerordentlich kräftige Profilierungen, und in Folge dessen durch effektvolle malerische Schattierung aus. Das Hauptgesims, welches durch Kassetten verziert, hat die ganz außerordentliche Ausladung von mindestens 4 Fuß. Ebenso treten die Bedachungen über den Fenstern, sowie andere Theile an dem Gebäude entschieden hervor.

Die Arbeiten am Leichenhaus hinter dem Militärzareth an der Wallstraße haben in voriger Woche begonnen. Das Gebäude wird im Rohbau ausgeführt und soll, wie man auch bereits an den Grundmauern erkennt, in der Mitte eine Kapelle in edlen architektonischen Verhältnissen mit einer halbrunden Apsis erhalten. Im Baustile wird sich dasselbe an die benachbarte St. Paulikirche anschließen.

Auf dem städtischen Grundstück neben der Breslauer Thormache, welches durch Beschluss der Stadtverordneten vom 19. d. Mts. auf Antrag des Magistrats an die Herren Becker und Rudolph verkauft worden ist, wurden sofort am Tage darauf die noch vorhandenen Mauern niedergegraben, so dass nun endlich zur Ausführung des Neubaus geschritten werden kann. Den Bau leitet Herr Maurermeister Wagner.

Der Bau der Huggerschen Damypbrauerie auf St. Adalbert ist gegenwärtig bereits bis zum zweiten Stockwerk gediehen, und zeichnet sich durch außerordentliche Festigkeit, sowie durch die Vortrefflichkeit des dazu verwendeten Materials aus. Mauern, selbst im Innern des Gebäudes, haben eine Stärke von 2½ Fuß im Erdgeschoss erhalten; vortreffliche Klinker haben nicht bloß als Parapetsteine außen, sondern auch vielfach im Innern Verwendung gefunden. In der oberen von den beiden über einander gelegenen Maßsternen werden die Gewölbe von gesetzten Säulen getragen und die höchst soliden Bogen dieser Gewölbe sind sämtlich aus Klinkern und Zement ausgeführt; der Brauhaustraum wird mit steigenden Rappen auf starken Doppel-T-Eisen überwölbt. Dem soliden Mauerwerk des Gebäudes entsprechen die außerordentlich starken Balken und hölzernen Säulen in den oberen Stockwerken, welche bedeutende Lasten zu tragen bestimmt sind. Zum Herbste wird die neue Brauerei in Betrieb gesetzt werden.

Buk., 22. Mai. Am 14. d. Mts. vereiste der regierende Fürst von Reuß-Schleiz, Heinrich XIV., seine im hiesigen Polizei-Distrikte belegenen Güter. In den Ortschaften Otuš und Neiprusjewo besuchte dieselbe die Schulen beider Konfessionen und die katholische Kirche zu Neiprusjewo, wo bei derselbe jedem Lehrer eine Unterstützung von 10 Thlrn. und der gebaute Kirche ein Geschenk von 40 Thlern. machte. — Meine früheren Mittheilungen, bezüglich des Gendarman-Witte habe ich noch dahin zu ergänzen, dass, nachdem, wie berichtet, die Beerdigung desselben mit Genehmigung der k. Staatsanwaltschaft am 16. d. stattgefunden hatte, am 18. wiederum die Ausgrabung der Leiche, Beaufsichtigung durch den Unterfuchungsrichter des k. Kreisgerichts zu Grätz, erfolgte; demnächst fand die Vernehmung derjenigen Personen, welche nach dem Unglück zuerst bei der Leiche waren, statt. In voriger Nacht wurde die Windmühle des Müllers Scielewitz hier selbst durch Sturm umgeworfen und zertrümmt. — Am 19. d. Mts. stürzte ein Viehstall des Vorwerksbesitzers G. zu Großdorff bei Windstille zusammen, und es wurden angeblich sieben Stück Rindvieh, darunter ein Stammochse erschlagen.

Er. Grätz, 23. Mai. Das diesjährige Pfingstschießen der hiesigen Schützengilde hat in althergebrachter Weise an den drei Tagen Dienstag, Mittwoch und Donnerstag stattgefunden und am letzten Tage der Gelbglocke selbe wurde daher auch zum diesjährigen Schützenkönig proklamiert und gegen Abend eingeführt. Den zweitbesten Treffer hatte der Kleidermeister hr. Waberzki, welcher als Nebenkönig ebenfalls von den Schützenbrüdern nach seiner Beaufsichtigung geführt wurde. Mit den in diesem Jahre betretenen 19 neuen Mitgliedern zählt die hiesige Schützengilde jetzt einige 60 Schützenbrüder. Der starke Summachs in diesem Jahre ist lediglich nur dem Umstande zuzuschreiben, dass das Eintrittsgeld im vorigen Jahre von 5 Thalern auf 3 Thaler herabgesetzt worden ist. Der Schützenball wird heute stattfinden. — Dieser Tage wurde auf der Straße ein Kind von einem schnell dahinfahrenden Bauernfuhrwerke überfahren, ohne jedoch gefährliche Verletzungen davon zu tragen. Ebenso merkwürdig ständig war der Sturz eines Mädchens aus dem Fenster einer 3 Stockwerke hoch gelegenen Giebelstube auf das Straßenplaster. Dagegen ertrank am 19. dieses Monats in einem See bei Priment die zehnjährige Tochter des Hörters Nehring. — Die unter dem 16. d. Mon. gebrachte Nachricht, dass die nächste Sitzung im dieszeitigen Schwurgerichtsbezirke nicht wie sonst in Meseritz, sondern hier stattfinden soll, da das dortige Kreisgerichtsgefängnis noch nicht vollständig desinfectirt ist, hat vielfaches Nachfragen bei den hiesigen Kreisgerichtsbeamten zur Folge gehabt, doch weiß keiner derselben etwas davon, da noch nichts Amtliches darüber hier eingegangen ist. — Der hiesige Kaufmann Verdas, welcher sich wegen betrügerischer Bankiertheiten im Kreisgerichtsgefängnis zu Meseritz in Untersuchungshaft befunden hat, soll daselbst am Typhus gestorben sein. — In unserer Stadt und Umgegend ist die Bräune unter den Kindern wieder heftig aufgetreten und sind schon mehrere Falle zu beklagen. — In der Nacht vom 21. zum 22. d. zogen mehrere starke Gewitter über unsere Stadt und Umgegend vorüber, begleitet von den heftigsten Regenschauern, die aber für unsere ausgetrockneten Felder und Gärten höchst wohltätig und nothwendig waren.

Neustadt b. P., 21. Mai. Gestern hielt die hiesige katholische Schule unter zahlreicher Beihaltung der Geistlichkeit von hier und von Bytomysl, des Schulvorstandes, sämtlichen Lehrer und einer großen Zahl Angehöriger der Schulkinder ihren Maigang nach der ¼ Meile von hier gelegenen gräflich Laxtischen Fasanerie, welche hr. Graf Sigismund v. Laxt mit anerkennenswerther Freundlichkeit zur Abhaltung des Kinderfestes geöffnet hatte.

S Rawicz, 21. Mai. Am letzten Dienstag hielt unsere Realschule ihren Maigang nach dem Königsdorfer Walde. Das schöne Wetter lockte

am Nachmittage viele Angehörige der Schüler in den herrlichen Wald, so dass das Schülertest den Charakter eines Volksfestes annahm. — Gestern Nachmittag schlug der Blitz in das Wohngebäude des Guisbesitzer Wyrwitz in Niedzwidzt, ohne jedoch zu zünden. Der Besitzer, so wie dessen Frau waren von dem Schlag aber so betäubt, dass sie erst nach einigen Stunden ihre Besinnung vollständig wiederlangten. — Für die am künftigen Dienstag in der hiesigen evangelischen Kirche zum Besten unserer Ortsarmen stattfindenden Aufführung der "Schöpfung" von Haydn haben Dr. Edmund Bernick-Bridgeman aus Berlin und Herr Sieger aus Breslau ihre Mitwirkung zugesagt. Die Orgelbegleitung wird von der Kapelle des 2. Niederösterreichischen Inf.-Reg. Nr. 47 ausgeführt werden.

○ Reisen, 22. Mai. Die Winterung in unserer Gegend steht außerordentlich schön, und auch die Sommerzeit, welche in Folge der vorletzten Tage stellenweise geltend hatte, hat sich durch die warme Tage und Regen vollständig erholt und steht gut. — Wie ich höre, soll der am 1. April von Ostrowo hierher versetzte Bischof Blümel nach Bromberg, wo eine deutsche Predigerstelle errichtet wird, gewünscht werden. So sehr wir auch Herrn B. eine Verbesserung seines hier geringen Einkommens von Herzen gönnen und wünschen, so würden wir ihm doch ungern scheiden sehen, denn wenn derselbe auch erst kurze Zeit hier wirkt, so hat er sich doch als Priester und Mensch, besonders aber als guter Kanzelredner, bereits allgemeine Achtung und Liebe erworben. — Das Jubelpaar, dessen silberne Hochzeitsfeier Ihnen von hier gemeldet worden, hat außer dem Geschenke für die hiesigen Stadtarmen auch an einzelne arme Familien ansehnliche Geldgeschenke gemacht.

○ Schwerin a. W., 23. Mai. Am 22. d. früh zwischen 2 bis 3 Uhr entlud sich über unserer Stadt ein sehr schweres Gewitter, das von einem für unsere Felder durchdringenden Regen begleitet wurde. Der Blitz schlug in ein Stallgebäude der hiesigen Posthalterei und tödete ein darin befindliches Pferd, während von den übrigen Pferden zwei betäubt niedergestürzten. Das Feuer wurde glücklicher Weise von dem Besitzer unter dem Beifall seiner Leute gelöscht. — Die hiesige Schützengilde, welche aus 155 Mitgliedern besteht, hielt am 18. d. ihren ersten feierlichen Ausmarsch zum Pfingstschießen in Bivilkeleidung, nachdem durch einen Beschluss des Vorstandes die kostspielige Uniform als ein Hindernis des Beitrags abgeschafft worden. Der Tabagist Lorenz errang die Würde des Schützenkönigs, der Maschinendreher Rißmann die des ersten und der Tischlermeister Steiger die des zweiten Ritters.

Staats- und Volkswirthschaft.

+ Berlin, 21. Mai. Aus einer Übersicht des Waaren-durchgangs sämtlicher Zollvereinstaaten pro 1867 ersieht man, dass der Durchgangsverkehr nur unbedeutend ist, was darin seinen Grund hat, dass der Zwischenhandel zu stark aufgetreten ist. Der Waarendurchgang beschränkt sich zum Theil auf solche Straßen, für welche der Weg durch den Zollverein kürzer ist als der über die Grenzen, zum Theil auf Rohprodukte und Halbfabrikate. Für den ersten Fall ist besonders der Verkehr zwischen Frankreich und Belgien anzuführen; der Waarenverkehr in Österreich ist sogar angewiesen, den Weg durch den Zollverein zwischen gewissen Genden Desterreichs zu nehmen. Für den zweiten Fall ist der Bezug von Baumwolle als Rohprodukt und Halbfabrikat u. s. w. über die Nordseehäfen für österreichische Fabriken hervorzuheben. Als ein Beleg, wie groß der Zwischenhandel im Zollverein ist, kann eine Vergleichung des Durchgangsverkehrs von Getreide mit dem Eingang dieses Artikels dienen. Der gesammte Durchgang an Getreide betrug etwas über 2 Millionen Scheffel, während der Eingang sich auf 35 Mill. Sch. belief, wobei noch hervorzuheben ist, dass fast der gesammte Getreideverkehr sich zwischen Frankreich und Belgien bewegte. — Nach einem Berichte aus dem Reg.-Bez. Frankfurt a. O. hat der Ertrag der Rübenzuckerfabriken des Oderbruchs, welche im Februar und März ihre diesmalige Arbeitsperiode geschlossen haben, den Erwartungen nicht entsprochen, weil die feuchte Witterung die eingemieteten Rüben auswachsen ließ, was einen Verlust an Zuckergehalt herbeiführte. Von dem aus Kartoffelstärke im preußischen Staate während des letzten Jahres produzierten Zucker und Syrup kommt mehr als die Hälfte auf die Fabrikation im Regierungs-Bezirk Frankfurt.

Köslin, 22. Mai. Die Eröffnung der Bahnhöfe Köslin-Stolp, welche am 1. Juni stattfinden sollte, hat in Folge einer Senkung des Dammes bei Köslin um 4 Wochen verschoben werden müssen.

Wien, 23. Mai. (Tel.) Die Einnahmen der österr.-franz. Staatsbahnen betrugen in der Woche vom 14. - 20. Mai 613,590 fl., ergaben mit hin gegen die entsprechende Woche des Vorjahrs eine Mehreinnahme von 9519 fl.

Pest, 21. Mai. In der gestrigen Generalversammlung der Anglo-Hungarianbank präsidierte Graf Bela Széchenyi; vom englischen Komitee waren Fürst Sapieha anwesend und Adolph Seidler; das ungarische Komitee war vollzählig. Der Direktionsbericht konstatiert abzüglich aller Spesen einen Reingewinn von 587,670 fl. 64 Kr. und beantragte eine Dividende, insbesondere der Januar-Abschlagszahlung von 8 fl. 24 Kr. Silber. Der Antrag wurde angenommen.

Berichtsblatt.

* Das Hamburg-Newyorker Postdampfschiff "Hammonia", Kapitän Meier, welches am 5. d. Mts. von Hamburg abgegangen, ist nach einer Reise von 10 Tagen 14 Stunden am 19. d. 1 Uhr Morg. wohlbehalten in New-York angelkommen.

* Madrid. Ein spanischer König! Ein Maler in Burgos wurde auf die Anzeige, er male den Herzog von Madrid, Carlos VII., als König, einem strengen Verhör unterzogen; es stellte sich jedoch heraus, dass er allerdings eine lebensgroße Figur im Königsmantel und mit allen Insignien der spanischen Könige fertig gemacht hat, dass aber dieser Figur der Kopf fehlt, welchen der Künstler nach seiner Erklärung beizufügen beabsichtigt, sobald die Wahl erfolgt sein wird, um sodann der Erste zu sein, der ein lebensgroßes Bild des Königs hat.

* London, 18. Mai. Aus Dúnestown kommt Kunde von der Zerstörung zweier Schiffe auf offener See durch Feuer. Das Schiff "Blue Jack" mit einem sehr wertvollen Kargo und einer Goldladung, zusammen im Werthe von 130,218 Pf. Sterl., verbrannte am 9. März in 50° südl. Br. und 47° westl. L. Passagiere und Bemannung retteten sich in die Boote. Eines derselben wurde nach sieben Tagen von einem Schiffe aufgenommen, ein anderes mit 32 Personen wird noch vermisst. — Das Schiff "Omer Paşa" war von Brissbane gleichzeitig auf dem Wege nach London, außer einem Kargo im Werthe von 80,000 Pf. Sterl. noch mit 30,000 Pf. Sterl. Species beladen. Passagiere und Mannschaft wurden sämtlich gerettet.

* London, 20. Mai. Die in Cork eingelaufene Hamburgische Bark "Pyrmont" (Kapitän Niemeyer) landet den Kapitän, 7 Mann von der Mannschaft und die sämtlichen Passagiere des auf hoher See verbrannten Klipper-Schiffes "Blue Jack". Dieselben waren 7 Tage in einem offenen Boote allen Einflüssen der Witterung in einem Grade ausgesetzt, das drei Personen ihren Tod fanden. Kapitän Niemeyer nahm alle an Bord, gab ihnen Kleider, was vorhanden war und kreuzte einige Zeit, um die beiden anderen Boote womöglich zu retten. Durch die Verjüngung wurde der Provinz auf der "Pyrmont" knapp. Doch halfen zwei begegnende Schiffe aus. Die geretteten sind voll des Preises über die ihnen zu Theil gewordene freundliche Behandlung. Jedes der Boote hatte 4000 Pf. St. von der Baarfracht von 48,000 Pf. St. an Bord genommen, und wie es heißt, beansprucht Kapitän Niemeyer die Hälfte der geretteten Pf. St. als Vergelohn.

Machtrat.

○ Berlin, 23. Mai. Schon gestern Morgen hatte sich in parlamentarischen Kreisen das Gerücht verbreitet, dass die Re-

gierung in ihrer Verlegenheit den Entschluss gefasst habe, den Preußischen Landtag zum 15. Juni einzuberufen und es war wohl nicht ohne Kenntnis dieser Thatsache, dass Hr. v. Bennigsen bei der gestrigen Verhandlung des Reichstages über die Steuervorlagen auf diesen Weg als den zunächst zu beschreitenden hinwies. Graf Bismarck erklärte denn auch sofort seine Bereitwilligkeit hierauf einzugehen, weil die Fortdauer der gegenwärtigen Lage auch nur für 6 Monate unerträglich wäre. Es ist kein Zweifel, dass die Regierung hiermit die Rückzugslinie aus einer unhaltbar gewordenen Position antritt, eine Position in der sie sich schon gegenwärtig und zwar mit Grund für vollkommen geschlagen erachtet. Graf Bismarck hat seinem Unmuth über diese Wahnehung gestern einen ziemlich verächtlichen Ausdruck gegeben, ohne indessen damit der Debatte einen gereizten Charakter zu verleihen, da die Opposition im Bewusstsein ihrer Stärke es vermied, anders als in gemäßigter Form sich gegen die ihr gemachten Zumutungen und Unterstellungen zu verwahren. Es bedarf auch schwerlich einer besonders lebhaften Vertheidigung gegen Anschuldigungen wie die, die Opposition spekulire auf die Verlegenheit der Regierung. In der That liegen doch die Verhältnisse gar nicht so gemüthlich, dass man unbekümmert um die Folgen sich an der Verlegenheit der Regierung erbauen könnte. Selbst der schadenfrohesten Opposition — eine Bezeichnung, die auf die nationalliberale Partei ohnehin nie angewendet werden könnte — möchte wohl der Humor dazu verleihen, zu einer Zeit und unter Umständen, wo die Verlegenheit der Regierung, ob verschuldet oder nicht, unzweifelhaft zur Verlegenheit für den ganzen Bund, wie namentlich zu einer Verlegenheit für die Partei wird, welche die Politik des Bundeskanzlers im Uebrigen zu halten und zu unterstützen wünscht. Daß diese Partei in der That an ihrer gegenwärtigen Stellung wenig Freude und vollkommen genug mit der eigenen Verlegenheit zu thun hat, die ihr eben durch die Regierung bereitet wird, hob noch gestern der Abg. v. Bennigsen mit Nachdruck hervor und dagegen ist so wenig zu sagen, dass selbst Graf Bismarck in seiner Entgegengesetzung es vermied, auf diesen Punkt einzugehen. Der Entschluss, den preußischen Landtag einzuberufen, wird insofern immerhin als ein Fortschritt anzusehen sein, als dadurch wenigstens die Angelegenheit des preußischen Defizits vor die Stelle gebracht wird, wohin sie zunächst gehört und von der sie ursprünglich schon nicht hätte getrennt werden dürfen. Im Uebrigen stehen dort voraussichtlich kaum minder heftige Debatten zu erwarten, als im Reichstage. Im Gegenteil werden die Schwierigkeiten mit der Nothwendigkeit, sie zu lösen, sich an der Stelle, wo man ihrer Lösung nicht ausweichen kann, in verstärktem Maße fühlbar machen. Je nach der Haltung des Abgeordnetenhauses wird man denn auch, so verlautet wenigstens aus Regierungskreisen, sich auf die Eventualität einer Auflösung des Abgeordnetenhauses gefasst halten müssen. Auf dem linken Flügel der Nationalliberalen, der der Abg. Lasker neulich zum Herald diente, glaubt man fest daran halten zu sollen, dass bei dieser Gelegenheit das Prinzip einer quotifizierten Steuer durchgesetzt werden mussse. Werde diese Gelegenheit verfüllt, so ver spielle die liberale Partei ihre Chance, hiermit durchzudringen, vielleicht für Decennien. Es ist indessen zweifelhaft, ob für die strammen Festhaltung dieses Gesichtspunkts eine Majorität, die allen Einreden unzugänglich bleibt, gefunden werden kann. Der Abg. Miquel erklärte sich schon gestern bereit, Alles zu bewilligen, wenn die Existenz Preußens gefährdet wäre, und es ist bei der prekären politischen Lage bekanntlich oft sehr schwer zu unterscheiden, ob und wie weit eine wirkliche Gefährdung der Existenz vorhanden ist.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Erläuterung.

Auf Veranlassung des Herrn Zollvereins-Bevollmächtigten Krüger erlaube ich mir zu konstatiren, dass die Vermuthung des Herrn Dockhorn, Herr Krüger werde für jede der neuen vorgeschlagenen Steuern stimmen, eine durchaus irrite ist.

Herr Krüger hätte gern Veranlassung genommen, sich den Wählern gegenüber über seinen Standpunkt im Allgemeinen, wie über seine Stellung zu den Steuervorlagen insbesondere auszusprechen, wäre die Wahlbewegung hier dieses Mal nicht so spät in Gang gekommen, dass ihm dies geradezu unmöglich gemacht war.

Ich selbst habe mich zur Zeit nicht genügend informiert, um gleich in der Volksversammlung in seinem Namen irgend eine Erklärung nach dieser Richtung hin abzugeben. Ich habe mich daher auf die Mittheilung befränken müssen, dass Herr Krüger bei Gelegenheit seiner letzten Anwesenheit in Posen Herrn Pilet und mir seine Bereitwilligkeit ausgedrückt habe, eine Wahl resp. eine Kandidatur anzunehmen.

Ich halte mich heute für ausreichend informiert, um auf Grund meiner Kenntnis des Herrn Krüger und der mir neuerdings von seiner Seite gewordenen schriftlichen Mittheilungen thatsächlich festzustellen: 1) Herr Krüger steht (um seinen Standpunkt näher zu präzisiren) ungefähr auf dem Standpunkte des Herrn von Borckenbeck; 2) einem Theil der Steuervorlagen gegenüber wird er sich abwehrend, allen gegenüber, nach wie vor mit Selbstständigkeit und Überzeugungstreue verhalten, ohne sich durch Rücksichten, die außerhalb seines Amtes als Abgeordneter ihren Schwerpunkt haben, beirren zu lassen. Ich erinnere gleichzeitig daran, dass Herr Krüger in der letzten Session des Zollparlaments gegen den Petroleumszoll gestim

Am Freitag den 28. d. M., Vormittags 10 Uhr, sollen in dem hiesigen königlichen Magazin I. Roggenkleie, Bühne, Fegeleß und Hesamen öffentlich gegen gleich baare Bezahlung versteigert werden.
Posen, den 22. Mai 1869.
Königliches Proviant-Amt.



Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn.

Die Lieferung von 5180 Leibzügen gesetztem Rall zum Bau der Brücken auf der Zweigbahn Inowraclaw-Bromberg zwischen Inowraclaw und Hopfengarten soll in 2 Wochen im Wege der Submission vergeben werden. Termin hierzu ist auf

Freitag den 4. Juni c., Vormittags 10 Uhr.

in dem Central-Bureau unserer Abtheilung II, am Oberschlesischen Bahnhofe Nr. 7 (Germany) anberaumt. Bis dahin müssen die Offeren frankirt und versiegelt mit der Aufschrift:

Submission auf Lieferung von Rall für die Posen-Thorn-Bromberger Eisenbahn.
versehen, bei unserer vorgenannten Abtheilung eingereicht sein, und werden dieselben im Termine in Gegenwart der etwa persönlich erschienenen Submittenten eröffnet werden.

Die Submissionsbedingungen liegen in den Bau-Büroarz zu Inowraclaw, Gr. Neudorf, und Bromberg, sowie im technischen Bureau unserer Abtheilung II. (Germany) zur Einsicht aus und können in letzterem auch in Empfang genommen werden.

Breslau, den 20. Mai 1869.

Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Handels-Register.

Die in unserem Firmenregister unter Nr. 771 eingetragene Firma A. Grabowski zu Posen ist erloschen.

Posen, den 20. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.
Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

Natalie Fritze zu Jahn bei Tempelburg hat für ihre hieselbst unter der Firma: E. Putiatyck's Buchhandlung

G. Fritze,

Natalie Fritze, bestehende, unter Nr. 125 des Firmenregisters eingetragene Handlung dem Gustav Fritze zu Pleschen Prokura erheilt.

Dies ist durch Verfügung vom heutigen Tage unter Nr. 5 des Prokuren-Registers eingetragen worden.

Pleschen, den 11. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Bekanntmachung.

In das Firmenregister des unterzeichneten Gerichts ist auf folgende Verfugung vom 6. Mai eingetragen:

1) Die unter Nr. 110 eingetragene Firma E. Putiatyck's Buchhandlung

G. Fritze,

ist durch Vertrag auf die Witwe Caroline Bandis geborene Teiter zu Protoschin, und von dieser durch Vertrag auf Natalie Fritze zu Jahn bei Tempelburg übergegangen.

2) Unter Nr. 125, früher 110, die Firma E. Putiatyck's Buchhandlung

G. Fritze,

Natalie Fritze, zu Pleschen, und als deren Inhaber die Natalie Fritze zu Jahn bei Tempelburg.

Pleschen, den 11. Mai 1869.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Holz-Verkauf.

Zum Verkauf von verschiedenen Brennholzen aus dem Einstichlage pro 1869 und dem nächst von Bau- und Brennholz aus dem Einstichlage pro 1870 nach dem Meißtgebot unter den in den Terminen selbst bekannt zu machenden Bedingungen siehe pro II. Halbjahr 1869 folgende Termine an:

1) für die Obernitzer Reviere in Bergers

Hotel zu Obernitz:
am 14. Juni, 11. August, 9. September, 25. Oktober, 15. November und 14. Dezember;

2) für die Polajewo Reviere im Kauischen Gastein zu Boruszy: am 13. Juli, 10. September, 2. November, 7. Dezember,

jedesmal von Vormittags 10 Uhr ab.

Pachtstücke werden hierzu mit dem Beamer eingeladen, daß die Aufnahmeregister des Bauholzes einige Tage vor dem Verkauf in den Dezember-Termen hier eingefüllt werden können und die betreffenden Wirkungsbeamten angewiesen sind, die zum Verkauf gestellten Holzer auf Verlangen an Ort und Stelle vorzuzeigen. Die Haupt-Termine zum Verkauf der dann noch vorhandenen Kloben, Holzer verschiedener Holzarten zum Betrage von circa 3600 Klaftern in größeren Loopen finden am 9. und 10. September statt.

Boruszyko bei Polajewo,
den 12. Mai 1869.

Der königliche Oberförster
Spieler.

Gras-Verkauf.

Die diesjährige Grasnutzung auf den Wiesen und in einigen Schonungen der königlichen Obersförsterei Polajewo soll zur Heugewinnung öffentlich meistbietend verpachtet werden. Hierzu sind Termine im Kauischen Gastein zu Boruszy anberaumt auf Dienstag den 8. u. Mittwoch den 9. Juni c., jedesmal von Vormittag 9 Uhr ab.

Pachtstücke werden hierzu mit dem Beamer eingeladen, daß der Aufschlag im Termin erfolgt, das Meißtgebot sofort zu zahlen ist und die übrigen Bedingungen bei Eröffnung des Termins bekannt gemacht werden.

Boruszyko, den 10. Mai 1869.
Der königliche Obersförster Spieler.

Auktion von Reitpferden!

Mittwoch den 26. d. M., Vormittags 10^{1/2} Uhr, werde ich am Kanonenplatz nachstehend bezeichnete Pferde öffentlich gegen baare Bezahlung versteigern:

- a) einen Schimmelhengst, echt arabischer Race,
 - b) einen braunen Wallach,
 - c) zwei braune Stuten,
 - d) zwei Ponys (Schimmel und Fuchs) echte Race,
 - e) einen Milchschimmelhengst echt arabischer Race.
- Alle Pferde sind gut zugeritten, zum Theil auch als Aufschäferde zu gebrauchen.
- Manheimer,**
königl. Auktions-Kommissarius.

Die Nabbowsche Del-Fabrik
auf der Gerberstraße soll vom 1. Juli d. J. ab auf folgende drei Jahre verpachtet werden. Im Auftrage der Frau Wittwe Nabbow ersuche ich Pachtstücke, sich dieserhalb an mich zu wenden.

Mützel, Rechtsanwalt.

Bad Driburg.

Station der Eisenbahn von Kreuzen nach Altenbeken.

1) Die Driburger Quellen gehören bekanntlich zu den an Kohlensäure, Eisen und Mangan reichen ihrer Art. Die Erwärmung in den Bannen in 5 bis 6 Minuten durch Dämpfe mit möglichst geringem Verlust.

2) Außer diesem eisenhaltigen Sollapparat Hersterbrunnen höchst milde, auflösende Quelle, überall angezeigt, wo die mächtige Driburger zu erregend wirkt, überdies wie die verwandte Wildunger durch spezifische Wirksamkeit in Nieren und Blasenkrankheiten bewährt.

3) Schwefel-schlamm-bäder.

4) Molten.

Dauer der Saison vom 15. Mai bis 15. September.

Brunnenarzt seit 40 Jahren Geheimer Sanitätsrat Dr. Brück, außer der Saison in Denabruß. Näheres in dessen Palaeopathologischen Aphorismen.

Bauungs- und Brunnenbeschaffungen besorgt der Administrator Vollmer zu Driburg.

Von der Reise zurückgekehrt, bin ich wieder

zu sprechen. **E. Zarnack**, Zahnarzt,

Gr. Ritterstr. 9. 1. Et.

Vom 15. d. M. an pratijsche ich wieder in

Bad Königsdorf-Jatzemb.

Dr. Eugen Juliusberg, Baderarzt.

Um ein großes Lager von garen Ledern so schnell als möglich zu räumen, erlaubt sich unterzeichnete Handlung den in diesem Fach gewerbetreibenden Kaufleuten, Schuhmachermeistern und Associationen auf untenstehenden Preis-Courant aufmerksam zu machen.

Prima-Mastricher Sohlleder . . . à Rd. 14—15 Sgr. Braune Kippe à Rd. 15—16 Sgr.

Berliner Wildbrandsohlleder = 13—13½ Schwarze Kalbfelle = 23—24

deutsche Kuhleder 12—13 = Braune à Rd. 27½—30—32

Halbsohlleder à Rd. 13—14—15 = Schwarze Schuhrohleder à Rd. 20—21

Fahlleder bester Gerbung, à Rd. 15—16 =

Ein Möbelwagen kann am 3. Juni c. in Potsdam oder Berlin

billige Rückfahrt aufnehmen. Näheres bei Rudolph Rabitsch, Posen.

Spediteur.

Scholly Behrendt, Thorn.

Brückenstraße Nr. 38.

Lendenz: Mögliche Vermeidung des kostspieligen Erdtransports und des Verlustes der Obererde. — Überall gleichzeitig und gleichmäßig starke Verrieselung neben genügender Entwässerung. — Bequeme Heuahufe — Etträge durchschnittlich 40 Ctr. Heu pr. Mrq. Vorarbeiten zu jeder Seite ausführbar. — Beginn des Wiesenbaues nach Belieben, am passendsten im Frühjahr. **Meyer**, Wiesenbautechniker, Berlin, Artilleriestraße 3a.

Augenblätterliche Heilung der Migräne, Kopf- u. Gesichtsschmerzen durch das

GUARANA

von Grimaldi & Co., Apotheker in Paris.

Die Wirksamkeit dieses vegetabilischen, aus Brasiliën stammenden Mittels verschaffte demselben im Jahre 1866 die Anerkennung der Academie der Medizin von Paris. In Schachteln von 12 Paketen zum Preise von 3 Franken.

Guarana findet am 9. und 10. September statt.

Gebr. Pützsch, Berlin, Röhrenbrunnen ohne Brunnenkessel.

Specialität Centrifugal-Dampf-California-etc. Pumpen.

Amerik.

Röhrenbrunnen ohne Brunnenkessel.

Gebr. Pützsch, Berlin.

Specialität Pumpe.

sang der Woche wegen der um 40,144 Rubel oder 16½ Proz. gegen das Vorjahr niedrigeren April-Ginnahme einen empfindlichen Kurssturz erlitten, erhalten sich zum Schluß der Woche und erreichten ungefähr ihren alten Kursstand. Unerigens läßt eine genaue Vergleichung der vorjährigen Ginnahme, die im April 60 Proz. Plus im Güterverkehr aufweist, das diesjährige Resultat, in welchem von den weniger eingenommenen 40,144 Rubel allein 37,466 Rubel oder 21½ Proz. auf den Güterverkehr fallen, in einem weniger ungünstigen Licht erscheinen. Die Ginnahmen betragen

1869 1868 1867 1866
aus dem Personenverkehr S. R. 60,848 59,802 56,767 54,967
Güterverkehr 133,924 171,390 109,294 90,239
verschiedene Ginnahmen 6,651 10,875 7,370 10,078

Der übrige Verkehr in Eisenbahnen gab zu besonderen Reaktionen keine Veranlassung; bei stillem Geschäft war die Haltung auf diesem wie auf dem fremdländischen Spekulationsgebiet bis zum Schluß der Woche recht fest. Dasselbe gilt von Bank- und Kreditaktien, von denen nur Berliner Handelsantheile, Genuer und Steininger zu höheren Kurzen ein ziemlich lebhaftes Geschäft für sich hatten. Von Industriepapieren begegneten Berliner Aquarium sowie Minerva mehrfacher Frage und wurden namentlich die ersten wesentlich höher bezahlt. Preußische Bonds fest bei mäßigem Geschäft. Geld ziemlich flüssig, Privatdiskont 3½ Proz.

Produkten-Börse.

Berlin, 22. Mai. Wind: W. Barometer: 28. Thermometer: 13°+. Bitterung: stark bewölkt.

Für Roggen ist die Stimmung auch heute recht fest gewesen; unter dem Einfluß der Kündigung von 42,000 Ctr. haben nahe Sitzungen sich jedoch weniger erhöhen können, als die entfernten Termine, für welche eine rege Kauflust vorhanden war. Der Umsatz hat wieder bedeutenden Umfang erreicht. Loko sind Öfferten weder dringlich noch groß, auch war der Begehr nicht sehr rege. Schwimmende Ladungen sind knapp. Kündigungspreis 50½ Rt.

Roggenmehl besser bezahlt. Gefündigt 500 Ctr. Kündigungspreis 3 Rt. 14 Sgr.

Weizen fester. Gefündigt 5000 Ctr. Kündigungspreis 60½ Rt. Hafer loko und Termine höher. Gefündigt 1200 Ctr. Kündigungspreis 29½ Rt.

Für Rüböl zeigte sich heute gegenüber etwas ermäßigte Forderungen mehr Kauflust, daher gewann die Haltung schließlich auch Bestigkeit. Gefündigt 100 Ctr. Kündigungspreis 11½ Rt.

Spiritus wurde neuerdings etwas besser beahlt. Es sind für nahe Lieferungen nicht unbedeutende Deckungskäufe gemacht worden. Gefündigt 10,000 Quart. Kündigungspreis 1½ Rt.

Weizen loko pr. 2100 Pf. 58—70 Rt nach Qualität, gelb färbet, 65 Rt. bz. pr. 2000 Pf. pr. diesen Monat 60½ Rt. bz., Mai-Juni 60½ bz., Juni-Juli 61½ bz. Juli-August 62½ bz. 63 bz. Sept.-Okt. 62½ bz.

Roggen loko pr. 2000 Pf. 51 a 5½ Rt. bz. per diesen Monat 50½ a 3½ Rt. bz., Mai-Juni do. Juni-Juli do., Juli-August 49½ a 3½ a 3 bz. Juli allein 51½ bz. Sept.-Okt. 48½ a 49½ bz. Sept.-Okt. 48½ a 49½ bz.

Hafer loko pr. 1750 Pf. 40—62 Rt. nach Qualität.

Hafer loko pr. 1200 Pf. 28—34 Rt. nach Qualität, 29½ a 33½ Rt. bz., per diesen Monat 29½ Rt. bz., Mai-Juni 29½ bz., Juni-Juli 29½ a 30 bz., Juli-August 28½ Br. ½ Gd. Sept.-Okt. 27½ a 28 bz.

Sonds- u. Aktienbörsen.

Berlin, den 22. Mai 1869.

Preußische Bonds.

	Ausländische Bonds.	
Freiwillige Anleihe 4½	97 bz	
Staats-Anl. v. 1859	5 102½ bz	
do. 1864, 55 A.	93½ bz	
do. 1857 4½	93½ bz	
do. 1859 4½	93½ bz	
do. 1856 4½	93½ bz	
do. 1864 4½	93½ bz	
do. 1867 A.B.C. 4½	93½ bz	
do. 1850, 52 conv.	85½ G	
do. 1853 4½	85½ G	
do. 1862 4½	84½ bz	
do. 1868 A. 4	83½ bz	
Staatschuld-Anleihe 3½	82½ bz	
Präm. St. Anl. 1855	123½ bz	
Kurh. 40 Thlr. -Obl.	58½ bz	
Kurh. u. Neum. Schld.	79 bz	
Oberdeichsdorff-Obl.	91½ G	
Berl. Stadtoblig.	5 101½ bz	
do. do.	93½ bz	
do. do.	73 bz	
Berl. Börs.-Obl.	5 101 bz	
Berliner	91 bz	
Kur. u. Neum.	72½ bz	
do. do.	82½ bz	
Posensche	4 —	
do. neue	83½ bz	
Sächsische	4 —	
Schlesische	3½ —	
do. Lit. A.	4 —	
do. neue	4 —	
Württembergische	71½ B [bz]	
do. 4000 G	80½ bz 4½/0/884	
do. neue	4 —	
do. 4½ bz	88½ bz	
Kur. u. Neum.	88 bz	
Böhmische	87½ bz	
Preußische	87½ bz	
do. 4½ bz	85½ bz	
do. 4½ bz	87½ bz	
do. 4½ bz	89 bz	
do. 4½ bz	90 bz	
do. 4½ bz	91 bz	
Anhalt. Landes-B.	83½ G	
Berl. Kass.-Verein	163½ B	
Berl. Handels-Ges.	126½ B n. 116 G	
Rhein.-Westf.	89½ bz	
Sächsische	89½ bz	
Tägliche	89½ bz	
Preuß. Hyp.-Cert.	100½ G	
do. Hyp.-Pfdbr.	91½ bz	
Pf. Hyp.-Pfdbr.	86 B	
Haben. do. (Hentzel)	86 B	

	Bank- und Kredit-Aktien und Anteilschein.
Anhalt. Landes-B.	83½ G
Berl. Kass.-Verein	163½ B
Berl. Handels-Ges.	126½ B n. 116 G
Braunschw. Bank	108 bz 40%/115 G
Bremer Bank	113½ G [G]
Coburg. Kredit-B.	84½ B
Danziger Priv.-B.	103½ B
Berl.-Potsd.-Mgd.	81½ B
(Rothbahn)	99½ bz
Berl.-Kredit-B.	4 —
do. 92½ bz	92½ bz
do. Lit. B.	90 bz
do. 100 G	90 bz
Berl.-Hamburg	86½ G
do. II. Em. 4	—
Ruhrort.-Erfeld	4 —
Berl.-Kredit-B.	4 —
do. 90 bz	90 bz
do. 90 bz	90 bz
Rhein.-Rahe v. S. G.	90½ bz
do. II. Em. 4	—
Rhein.-Pr. Obligat.	83 G
do. v. Staatsgarant.	79 G
do. III. v. 60½ bz	90 bz
do. 1862 v. 1864	90 bz
do. v. Staatsgarant.	— [bz]
Rhein.-Rahe v. S. G.	90½ bz
do. II. Em. 4	—
Ruhrort.-Erfeld	4 —
do. II. Ser. 4	—
do. III. Ser. 4	87½ bz

Die Börse eröffnete heute sehr fest und mit für fremde Spekulationspapiere, besonders französischen, höheren Kurzen. Das Geschäft war, zumal im Anfang, belebt für französischen und Lombarden, im Uebrigen aber nur mäßig. Eisenbahnen waren im Allgemeinen fest, das Geschäft in ihnen aber nur beschränkt. Von Banken waren Darmstädter, Genuer und volle Moldauer beliebt und belebt; von Industriepapieren wurden Minerva stark gehandelt, Aquarium waren wieder 10 p.ct. höher gesucht. Inländische Bonds waren fest, 5 proz. und 4 proz. Anl. konv. etwas höher, von deutschen waren badische und bayerische Prämienanleihen gefragt und höher; auch für Pfand- und Rentenbriefe herrschte mehr Begehr, doch fehlte es an Abgebern. In Prioritäten war der Verkehr mäßig, die Haltung fest, russische mehr offeriert; von inländischen Bergisch-Märkischen 3. Emission (3½ proz.) und 5. Emission und Köln-Mindener 4. Emission gut zu lassen. Österreichische Bonds fest, von russischen waren beide Prämienanleihen zwar niedriger, aber belebt, auch 6. Stieglitz-Anleihe animirt, sonst aber zum Theil auf den Rückgang der Valuta niedriger. — Wechsel sehr begehrt und höher, nur Petersburg und Warschau niedriger. — Sächsische Hypotheken-Pfandbriefe 56 bezahlt.

Breslau, 22. Mai. Bei günstiger Stimmung, jedoch nur mäßig belebtem Verkehr wurden namentlich Österreich-Kredit- und Oderberger Eisenbahnen zu merklich höheren Kurzen umgesetzt. Italiener bei geringem Geschäft unverändert, Amerikaner ca. ½ p.ct. höher.

Öffiziell gefündigt: 1000 Ctr. Roggen, 1000 Ctr. Hafer und 5000 Quart. Spiritus.

Unkontraktlich eine Post Hafer Nr. 649.

Nicht umgetauscht wurden am 21. d. 1 Roggenschein Nr. 652.

Schluskurse. Österreich. Loose 1860 83 B. Minerva 44½ G. Schlesische Bank 118½ B. Österreich. Kreditbank 126½ B. Oberschlesische Prioritäten 74 B. do. do. 82½ B. do. Lit. F. 89½ B. do. Lit. G. 88 B. Rechte Oder-Ufer-Bahn 21½ B. Breslau-Schweidnitz-Ereib. 109½ B. Oberschlesische Lit. A. u. C. 175½ bz u. G. Lit. B. 161 B. Rechte Oder-Ufer-Bahn 85½ G. Rosel-Oderberg 104½-104½ bz u. G. Amerikaner 86½ B. Italienische Anteile 56½ G.

Telegraphische Korrespondenz für Bonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 22. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Günstig. Nach Schluss der Börse fest. Kreditaktien 291, 1860er Loose 83½, Staatsbahn 352½, Lombarden 226½, Silber-Rente 57½, Amerikaner 85½, Neue Spanier 28½.

Schluskurse. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 85½. Türken 40%. Deutfreich. Kreditaktien 289½. Deutfreich.

franz. St.-B.-Aktien 351½. 1860er Loose 83½. 1864er Loose 120½. Lombarden 225½.

Druck und Verlag von W. Deder & Co. (C. Möstel) in Posen.

Breslau, 22. Mai, Nachmittags. Fest.

Spiritus 8000 % Tr. 16. Roggen pr. Mai 46½, pr. Mai-Juni 46½. Rüböl pr. Mai-Juni 11½, pr. Herbst 11½. Raps fest. Bink ruhig.

Bremen, 22. Mai. Petroleum, Standard white, loko 6 Br.

Hamburg, 22. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Hauffe.

Sehr starke Umsätze.

Gefreideemarkt. Weizen und Roggen loko sehr fest. Roggen auf

Terme höher. Weizen pr. Mai 5400 Pfund netto 111 Bantohaler

Br., 110 Gd., pr. Mai-Juni 110 Br., 109½ Gd., pr. August-September

114 Br., 113 Gd. Roggen pr. Mai 5000 Pfund Brutio 92 Br., 91

Gd., pr. Mai-Juni 87 Br., 86 Gd., pr. August-September 84½ Br., 83½

Gd. Hafer fest. Rüböl geschäftlos, loko 23½, pr. Mai 23½, pr. Oktober

24. Spiritus ruhig und unverändert. Kaffee fest. Bink leblos.

Petroleum geschäftlos, loko 14½, pr. Mai 13½, pr. August-Dezember

14½. — Regen.

Liverpool (via Haag), 22. Mai, Mittags. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 8000 Ballen Umsatz. Ruhig.

Middle-D Orleans 11½, middling Amerikanische 11½, fair Dohlerah 9½, middling fair Dohlerah 9½, good middling Dohlerah 9, fair Bengal 8½, New fair Domra 10, Pernam 11½, Smyrna 10½, Egyptianische 12½, Domra Schiff genannt 9½.

Paris, 22. Mai, Nachmittags.

Rüböl pr. Mai 97, 25, pr. September-Dezember 100, 00, pr. Januar

April 100, 50. Mehl pr. Mai 55, 25, pr. Juli-August 56, 50, pr. September-Dezember 57, 00. Spiritus pr. Mai 67, 00. — Better unbeständig.

Amsterdam, 22. Mai, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten.

Gefreideemarkt. (Schlußbericht). Roggen pr. Mai 196, pr. Oktober

ber 184. — Regenwetter.

Antwerpen, 22. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten.

Gefreideemarkt. Weizen und Roggen fest

Petroleum-Markt. (Schlußbericht). Raffinirtes, Type weiß, loko

48 a 47½, pr. September 52, pr. Oktober-Dezember 54 a 53½. Auf New-Yorker Berichte fest.

Paris, 22. Mai, Nachmittags.

Rüböl pr. Mai 97, 25, pr. September-Dezember 100, 00, pr. Januar